

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

ersch. wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für die 10 gespaltene Millimeterzeile 1.20 Mk.;
für den Stellenmarkt 90 Pf. / Eingeringelt in die Reichspostzeitungsliste

Endlich erlöst!

Der Reichstag ist aufgelöst. Damit sind wir endlich von einem Parlament befreit, das in ausgesprochenstem Maße die Vertretung des Geldsacks war. Die Regierungen, die aus diesem Reichstag hervorgingen, setzten sich alle aus den bürgerlichen Parteien, aus den Agenturen des Kapitals zusammen. Zuletzt spielten Zentrum, Volkspartei und Deutschnationale die Schlüsselrolle. Was immer diese drei Parteien trennen mag, wenn es sich darum handelte, die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer zu machen, dann waren sie vollständig einig. Freilich wählten sie verschiedene Verkleidungen, um den Dummenfang besser betreiben und um das kapitalistische Geschäft besser schmeißen zu können. Die Zentrumsmänner lieben sich um Kostüm des gläubigen kleinen Mannes zu zeigen, die Volksparteier spielen sich als die großen Patrioten auf, denen nichts als die Blüte der deutschen Wirtschaft am Herzen liegt, und die deutschnationalen Großgrundbesitzer leiden sich mit dem berühmten Rode des Reichenbauern. Das geschieht indessen nur für die Galerie. Sobald diese lieblichen Volksvertreter traut beim Handeln beifamulieren, zeigen sie sich unverhüllt, was sie aus Gesinnung, Gestunf und Beruf sind, als rücksichtslose Vertreter des Geldsacks.

Wer das soeben Gesagte bezweifelt, der sehe sich die gesetzgeberische Arbeit dieses gottlob nun eingegangenen Reichstages etwas näher an. Während seines Daseins sind die spärlichen arbeiterfreundlichen Errungenschaften einer früheren Zeit teils abgeschafft, teils durchlöchert worden. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Die Lebensmittelpreise wurden erhöht, was eine Belastung der arbeitenden Schichten und eine Bereicherung der Großgrundbesitzer bedeutet. Die Menge der zollfreien Einfuhr von Geflügel wurde von 120 000 auf 50 000 Tonne herabgesetzt, was dem Mastviehzüchter profitlicheren Absatz sichert, dem armen Teufel aber die etwas billigere Fleischmahlung noch weiter verweigert. Der Mieterschutz wurde durchlöchert, was auf einer Vergrößerung der Hausbesitzer gleichkommt. Für die technische Ausrüstung der Kaiserreichsgesellschaft bestreiter Fabrikanlagen, wurden 24 Millionen bewilligt, was auf eine Unterbindung des reaktionärsten Unternehmertums hinausläuft. Weiter wurden für einen Panzerkreuzer 80 Millionen Mark gewährt. Da ein Mordinstrument von dieser Art oder Größe nach der Meinung aller Fachleute nur ein Spielzeug ist, sind die 80 Millionen auch vom Standpunkte der Militaristen ins Wasser geworfen. Die so verpulverten Millionen sind indessen nur als Anfang gedacht. Für den gleichen nichtsnutzigen Zweck sollen noch dreimal 80 Millionen hinausgeworfen werden. Wie man sieht, haben die Parteien, die während dieses Reichstages als Regierungen wüteten, vorgesorgt, daß den Panzerplatten geschert und vielen zu mühsamer Arbeit unwilligen Zeitgenossen angenehme Fretämchen verbürgt sind. Zu solcher verschwenderischer Vorkehrung waren die Regierungsparteien schon deswegen leicht geneigt, weil sie oder ihre Auftraggeber es ja nicht zu bezahlen brauchen. Es ist das Nötige getan, daß auch weiterhin der übergroße Teil der Staatsausgaben aus den arbeitenden Schichten herausgepreßt werden kann. Über die sogenannte Leg Fränkung, die die steuerliche Belastung der Lohnempfänger wenigstens über einem gewissen Grade verhüten sollte, haben sich die drei Parteien, nämlich die Deutschnationalen, die Volkspartei und das christliche Zentrum, hinweggesetzt. So wird die Arbeiterschaft dank der geldsackfreundlichen Politik dieser drei Parteien je länger desto mehr zu blechen haben, außerdem an Zollen u. dergl. die Taschen der Dickdiener füllen müssen.

Ja, haben denn diese Parteien bei ihrem Liebesdienst für die Schwereichen gar nicht an das Elend, an die Bedürfnisse, an die schreienden Wünsche der unteren Schichten oder der hoffnungslosen Arbeiterfamilien gedacht? Ach ja, das haben sie auch, zwar nicht alle drei Parteien, wohl aber doch das christliche Zentrum. Ehre, wenn Ehre gebührt! Es hat durch einen seiner preußischen Minister eine gewaltige soziale Tat vollbringen lassen. Der Zentrumsminister Dietrich hat — man fasse sich — allen Familien mit zwölf bis mehr Kindern als Erbschaftsgeld ihrer großen Last — eine Kaffeetasse gestiftet. Für zwölf Kinder eine Kaffeetasse! Das ist eine Zentrumstat, die Respekt gebietet. Bei der sprichwörtlichen Dankbarkeit, die die deutschen Proleten, namentlich die katholischen, seit Menschengedenken auszeichnet, werden sie der Partei, die ihnen Kaffeetassen beibringt, die gebührende Anerkennung nicht verlagen.

Über die Kaffeetasse hinaus hat sich das Zentrum noch weiter um die Arbeiterklasse verdient gemacht. Freilich immer auf seine Weise. Das Zentrum hat durch seinen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit seinen „selbständig entscheidenden“ Beamten, den Schlichtern, die die Arbeitszeit, welche die unter Leuerung und verstärkter Fron leidenden Arbeiter als eine Verhöhnung empfinden. Die Schiedsprüche, als Ganzes genommen, werden als Maßnahmen geachtet, um die Arbeiter auch jetzt, in der für die Verbesserung günstigeren Zeit in ihrem Elend zu halten, als Maßnahmen, um dem Unternehmertum, das zurzeit auf dem Gebiete des Lohnkampfes etwas ungünstig gestellt ist, neuwertige Opfer zu ersparen. Diese Meinung zu überlegen, ist eine Platte Unmöglichkeit, weil die Gemüner der Unternehmer und der Ausbeutungsgrad der Arbeiter einen andern Schluß gar nicht zulassen. Ungeheuer sind die Vorteile, die der Dickdienerklasse von den Regierungsparteien zugesprochen wurden, und der Löwenanteil dieser goldigen Ernte ist auf die Schiedsprüche zurückzuführen.

Angesichts alles dessen braucht man sich nicht zu wundern, daß die Millionen derer, die ihr Brot in Fabriken und Kanzeleien verdienen müssen, das Verschwinden dieses Reichstages mit keiner

Blodmehrheit als eine Erlösung empfinden. Mit dem Gefühl der Erleichterung darf es natürlich nicht sein Bewenden haben, soll sich das Schindluderstück mit den Belangen des arbeitenden Volkes nicht wiederholen. Die Kapitalistenklasse wird alle Register des Schwindels ziehen und Geld die schwere Menge schmeißen, um auch im künftigen Reichstage eine sichere Mehrheit zu Diensten zu haben. Und bei der Verteilung von Silber, Geld und Günst wird die Profitgenossenschaft keinen Unterschied zwischen den drei Parteien, zwischen Deutschnationalen, Volkspartei und Zentrum samt den gleich würdigen Anhängeln machen. Die Dickdienerklasse wird für diese Parteien Himmel und Hölle gleich eifrig in Bewegung setzen, um sie wieder vollständig in den Reichstag zu bringen.

Aus dieser Tatsache haben die Arbeiter aller Art die nötige Lehre zu ziehen. Die Leidtragenden der Politik des Bürgerblods haben sich zu vergegenwärtigen, daß künftig noch mehr als bislang von der Vergebung der Inhaft ihres Brotbrodes, die Höhe ihres Lohnes, die Länge ihrer Arbeitszeit, die Wohlfahrt ihrer Familien und die fortschrittliche Gestaltung des deutschen Freistaates abhängt. Dieser Erkenntnis hat die Tat auf dem Fuße zu folgen. Jeder Tag, jede Stunde muß dazu verwendet werden, die Massengenossen aufzuklären, was bei der Reichstagswahl auf dem Spiele steht. Keine Gelegenheit darf unbenutzt gelassen werden, um neue Wähler für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen. Die Sozialdemokratie war während des Daseins des letzten Reichstages an keiner Regierung beteiligt. Die Folgen spürt die Arbeiterschaft zur Genüge. Die Sozialdemokratie muß aus der Reichstagswahl so stark hervorgehen, daß ihre Ausschaltung aus der Regierung unmöglich ist, und so stark, daß sie mit dem erwünschten, mit einem viel stärkeren Nachdruck die Sache des arbeitenden Volkes verfechten kann.

Was an Kraft für die Niederrückung der reaktionären Parteien aufgewendet wird, wird sich für die Arbeiterklasse hundertfach bezahlt machen durch Verbesserung der Lebenshaltung, Verbesserung des Lohnes und der Arbeitszeit und durch Demokratisierung des Staatswesens. Diese unsere Wähler haben leider Millionen von Arbeitern noch nicht begriffen, jedenfalls nicht danach gehandelt. Am 20. Mai, dem Tage der Reichstagswahl, ist die probateste Gelegenheit, die Unterlassungen wieder gut zu machen. Das ist zu bedenken, hierauf muß vorbereitet werden, hierfür ist unablässig zu wirken.

Offenherzigkeiten

Wozu arbeiten wir? — Dumme Frage. Der einzelne, um sich zu ernähren, und die Gesamtheit — auch um sich zu ernähren. Nämlich um all das herzustellen, was die Menschen zum Leben brauchen. Das weiß doch jedes Kind. Es gibt aber Leute, die wissen es besser. Wir lesen folgenden Satz:

„Ein privatrechtlich geführter Betrieb hat in Wirklichkeit eine ganz andere Aufgabe als die der bestmöglichen Versorgung seiner Betriebsangehörigen. Sie besteht in der Erzielung eines möglichst hohen Ertrages in Gestalt enger, steigender Rentabilität.“

Donnerwetter nochmal! Der eigentliche Sinn und Zweck eines Betriebes ist ein möglichst hoher Ertrag, eine steigende Rentabilität? Das hat gewiß so ein nichtsnutziger Sozi geschrieben. Denn „rentabel“ ist doch ein Betrieb nur dann, wenn er über alle sogenannten Unkosten hinaus — und die Löhne der Arbeiter und Angestellten zählen in der kapitalistischen Welt bekanntlich als „Unkosten“ — also rentabel ist ein Betrieb nur dann, wenn er über all diese Kosten hinaus einen Überschuß einbringt, der den Kapitalbesitzern gehört, mögen diese nun selbst arbeitende Unternehmer oder faulenzende Dividendensünder sein. Diesen Überschuß, der in gar keinem Verhältnis steht zur Arbeit der Kapitalbesitzer, sondern ihnen in den Schoß fällt, auch wenn sie gar nichts tun, diesen Überschuß möglichst groß zu gestalten und jedes folgende Jahr noch zu vermehren, das ist die Aufgabe eines Betriebes in der kapitalistischen Welt. So haben wirs immer gehört von den roten und rötlichen Sozialisten jeglichen Kalibers. Und die Unternehmer und Kapitalisten haben sich stets gegen solche Verdächtigungen gewehrt und haben demgegenüber die idealen Zwecke betont, denen nach ihrer Behauptung sie und ihre Betriebe dienen, worunter an erster Stelle die Versorgung der Allgemeinheit, mindestens an zweiter aber auch die Ernährung der Arbeiter und Angestellten des Betriebes. Denn nach dieser auf den Kopf gestellten Anschauungsweise sind sie es, die mit ihrem Kapital und ihren Betrieben die Arbeitenden ernähren. Das ist etwa so, als wenn jemand den Kopf so weit bückt, daß er zwischen die eigenen Beine hindurch nach hinten sehen kann und nun behauptet, die Welt sei so, wie sie ihm in dieser malerischen Stellung erscheint.

Kurz und gut, jene aufreizende Behauptung, die Arbeit sei dazu da, eine möglichst hohe Rente für die Nichtstuer zu schaffen, war bisher ausschließliches Eigentum der Sozialisten. Jetzt aber finden wir den oben zitierten Satz — hoffentlich hat der Leser einen Stuhl bei der Hand, damit er nicht auf den Rücken fällt — in der Arbeiterzeitung (Nr. 14), dem bekannten Blatt der Unternehmerverbände.

Wie ist denn das möglich? Wie soll man sich solche Offenherzigkeit erklären?

Wir befinden uns da in der Tat in einiger Verlegenheit. Unpöplisch sozialistisch geworden ist die Arbeitgeberzeitung ganz sicher nicht. Sie will natürlich auch durch diesen Text wieder den Vorteil der Unternehmer und Kapitalisten verteidigen. Das geht schon daraus hervor, daß sie nicht schlecht auf die „Betriebs-

angehörigen“ schimpft, die „auf Kosten des Ertrages“ den Betrieb „als reines Ausbeutungsobjekt zur hemmungslosen Förderung der eigenen materiellen Wohlfahrt“ mißbrauchen wollen — all das steht wörtlich in dem Aufsatz — und daß sie überdies als solche unverschämte „Betriebsangehörige“ mit den Angestellten und Arbeitern auch die Direktoren in einen Topf wirft. Welch allerliebster kleiner demagogischer Kniff! Als ob die Arbeitgeberzeitung gar nicht wüßte, daß zwischen Direktoren und sonstigen „Betriebsangehörigen“ denn doch gewisse Unterschiede klaffen und daß die Direktoren selbst zu den Nutznießern der Rente gehören, selbst dann, wenn sie sich mit einem festen Gehalt von 60- bis 400 000 M. jährlich begnügen müssen und nicht außerdem noch Lantienem oder bergleichen Schluden oder in Wirklichkeit überhaupt am Besitz des Unternehmens Anteil haben.

Also auf Freiführung ist es abgesehen. Aber wie soll irreführt werden? Das zeigt die Fortsetzung des Aufsatzes. Da heißt es nämlich:

„Aber auch die Herauswirtschaffung eines größtmöglichen Ertrages ist nicht Selbstzweck des Privatbetriebes, sondern nur wirksames Mittel zu dem Zweck der größtmöglichen allgemeinen Bedürfnisbefriedigung und der Schaffung lohnender Arbeitsgelegenheit in der erforderlichen Zahl.“

Jetzt wird klar, weshalb sich die Arbeitgeberzeitung eine sozialistische Maske vors Gesicht gebunden hat. Der Leser, der etwa durch die oben erwähnten Sätze ein gewisses Vertrauen gewonnen hat und sich sagt: wenn die Arbeitgeberzeitung so offenerzig zugibt, daß der Zweck des kapitalistischen Unternehmens das arbeitslose Einkommen der Kapitalisten ist, dann kann sie es doch so schlimm nicht meinen — der wird nun doch hinteres Licht geföhrt. In seiner Vertrauensseligkeit soll ihm eingeredet werden, daß die Kapitalisten den Überschuß gar nicht für sich haben wollen, sondern für die Allgemeinheit und namentlich auch für die lieben Arbeiter. Dies sei das „wirksamste Mittel“, um die allgemeinen Bedürfnisse zu befriedigen und auch genügende und lohnende Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Das soll er jetzt unbedingt glauben.

Aber lohnt man die Maske dieser Offenherzigkeit ein wenig gelüftet hat, fällt sie ganz und gar herunter. Wie soll dies das nichtsnutzige Mittel sein, um die allgemeinen Bedürfnisse der Kapitalisten dieser Reichsklasse anzufriedigen und es dann ihnen zu überlassen, was sie damit anfangen wollen? Ob sie neue Fabriken bauen, wobei sie nota bene auch den Teufel nach vorhandenen Bedürfnissen fragen, sondern lediglich nach höchstem Profit, und folglich die Arbeitsgelegenheit so u. n. Lohnen wie nur irgend möglich gestalten, oder ob sie vielleicht das Geld in ferne Kolonien bringen, um auf Kosten nackter Kulis die Löhne der heimischen Arbeiter und Angestellten — aber beileibe nicht der Direktoren! — noch tiefer zu drücken. Oder auch ob sie das ganze Geld verjubeln und verkaufen und gar nichts Nützliches damit anfangen. All das steht in ihrer Welt. Und das soll das wirksamste Mittel sein? Jedes Kind sieht, daß das Gegenteil die Wahrheit ist. Die allgemeine Bedürfnisbefriedigung und die Schaffung nützlicher Arbeitsgelegenheit wird offenbar weit besser und sicherer erreicht, wenn man den Überschuß gleich von vornherein planmäßig dazu verwendet und darauf zuschneidet, anstatt ihn zuerst in den Schoß von Privatpersonen zu werfen, die selbst im günstigsten Fall mindestens einen großen Teil davon zur Durchfütterung ganz überflüssiger Schmarotzer verschwinden. J h f u s

Schiedspruch schwer durchzuführen

Am 15. Dezember 1927 wurde für die Nordwestgruppe ein Schiedspruch gefällt, der in seinen wesentlichsten Bestandteilen zunächst einmal die Abschwächung der am 16. Juli 1927 vom Reichsarbeitsminister herausgegebenen Verordnung für die Verkürzung der Arbeitszeit in den Hüttenbetrieben enthielt. Der Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit wurde den Arbeitern nur zu 60 vH zugesprochen. Die Lohnhöhe von 2 3 die Stunde für den Facharbeiter und 1 3 für den Hilfsarbeiter ist kaum erwägenswert.

Dieser Schiedspruch, dem man nachsagt, daß er der Ehe zwischen Arbeitsministerium und Christlicher Metallarbeiterverband entsprochen sei, wurde dann auch ohne jede weitere Begründung vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Schlichter und Arbeitsminister waren sich der Schwierigkeiten, die durch diesen Schiedspruch entstanden, nicht bewußt. Dagegen erkannten die mit der Durchführung betrauten Betriebsräte, daß sie noch nie vor solch schwerer Aufgabe gestellt worden waren. Was zunächst die Arbeitszeit anbelangt, so hätte man glauben mögen, daß die Unternehmer, denen der Schlichter durch die Abschwächung der Verordnung doch zweifellos weit entgegengekommen war, hier einen Flod zurückgesteckt hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten werden vom Unternehmertum gemacht.

Auf einem Hüttenwerk, wo 1200 bis 1500 Arbeiter unter die Verordnung fallen, mußte allein für etwa 25 Gruppen der Gewerberat angerufen werden, um zu entscheiden, ob die für die Betriebsvertretung und Unternehmer strittigen Gruppen unter die Verordnung fallen oder nicht. In mehreren Besichtigungen und Besprechungen trug der Gewerberat den Stoff für seine Entscheidungen zusammen. Nun hätte man aber meinen können, daß eine klare Entscheidung gefallen wäre. Aber weit gefehlt: Von den ungefähr 35 zur Entscheidung stehenden Gruppen blieb ein Teil vollkommen unbeantwortet, ein ganz geringer Bruchteil wurde unter die Verordnung genommen und bei allen übrigen, bei rund 90 vH der strittigen Gruppen beruft er sich auf Artikel 1 Abs. 6 2/3 der Verordnung vom 16. Juli 1927, wonach die betreffenden Arbeiter nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie überwiegend mit Arbeiter be-

Geschäftsabschluss der Daimler-Benz A.-G. Wege zu Kraft und Schönheit

schäftigt sind, die unter Artikel 1 Abs. 2/3 fallen. Letzteres wurde schon durch die Verordnung klar ausgesprochen und bedurfte keiner besonderen Bestätigung durch den Gewerberat. Gerade die Schwierigkeiten, die sich aus Artikel 1 Abs. 6 2/3 ergeben, waren es, die den Betriebsrat zur Entscheidung drängten. Jede Beschäftigung und Vervielfachung war in diesem Falle vollkommen unklar, wenn nicht nachher klar zum Ausdruck gebracht wurde, ob die in Frage kommenden Gruppen unter die Bestimmung der Arbeitszeit fallen oder nicht. Nach dieser Entscheidung des Gewerberats bleibt der Streit zwischen Betriebsvertretung und Unternehmer in vollem Umfang bestehen. Die Betriebsvertretung wird nach wie vor behaupten, daß die Voraussetzungen des Artikels 1 Abs. 2/3 der Verordnung vom 16. Juli 1927 zutreffen und die Werkleitung wird das Gegenteil tun. Um die in Frage kommenden Arbeitergruppen nicht länger im unklaren zu lassen, wird es notwendig sein, daß der Gewerberat um eine neue Entscheidung angegangen wird.

In den Preis- und Hammerwerken sowie in den kalteisengebenden Walzenanlagen kann, wenn es wirtschaftlich erforderlich erscheint, wochentäglich von jeder Schicht eine Stunde Mehrarbeit verfahren werden. Wenn es wirtschaftlich notwendig erscheint, heißt es im Schiedsspruch. Man möchte man annehmen, daß, wenn die Aufträge fast vollkommen ausbleiben und der Betrieb zu Arbeitsentlassungen und Feierschichten übergeht, die wirtschaftliche Notwendigkeit nicht mehr gegeben sei. Hier hat der Schlichter das Bestimmungsrecht der Betriebsvertretung ausgesprochen. Im Preiswerk eines Hüttenbetriebes, wo bisher etwa 300 Arbeiter beschäftigt waren, hat man die Belegschaft in ungefähr 14 Tagen wegen Auftragsmangel bis auf annähernd 100 Arbeiter vermindert. Den Rest läßt man nach wie vor die normale Stunde verfahren und legt dafür Samstags eine Feierschicht ein. Wiederholtes Verlangen der Betriebsvertretung, die Überstunde nicht mehr verfahren zu lassen, um die Arbeit zu strecken und die Firma vor dem Zahl der Überstundenzuschläge zu bewahren, wurde abgelehnt mit dem Bemerkten: Da lassen wir uns von der Betriebsvertretung nicht hineinreden!

Die Frage des Lohnausgleichs ist ebenfalls ein Kapitel, das bis zum heutigen Tage bei den meisten Werken noch keinen Abschluß gefunden hat. Trotz der klaren Bestimmungen des Schiedsspruchs, wonach der Unternehmer 60 vH und der Arbeiter 40 vH des Ausfalls zu tragen hat, versuchen die Unternehmer für sich ein Geschäft bei der Umrechnung zu machen. Dabei kommen ihnen zuweilen die in späteren Verhandlungen getroffenen Abmachungen zugute. In Betrieben, wo vorher durch freie Vereinbarung eine längere Arbeitszeit als tariflich vorgegeben festgelegt war, wurde der Lohnausgleich ohne weiteres vom Unternehmer geführt. Dagegen lehnt man zunächst grundsätzlich ab, für die Martinwerke, die auf Grund der Bundesratsverordnung von 1895 Sonntags abends ihre Schicht beginnen mußten und dadurch eine längere als tariflich vorgegebene Arbeitszeit hatten, den erhöhten Ausgleich zu zahlen. Dasselbe ist in den Kraftwerken der Fall. Hier wollen die Unternehmer den für die durchgehende Zwölfstundenschicht gezahlten Ausgleich von 1 bis 1 1/2 Stundenlohn je Tag bei der Berechnung des Lohnausgleichs nicht einbezogen.

All diese Fragen werden, wenn eine gültige Beilegung nicht möglich ist, recht bald ihre Erledigung vor den Arbeitsgerichten finden. Im übrigen aber hoffen wir, daß bald vom Landesarbeitsgericht in Dresden entschieden wird, daß das Verfahren von Sonntagsarbeit sowie Überstunden über den Rahmen der Verordnung hinaus als ungesetzlich anzusehen ist. W. B.

Die Begnungen der Kultur

Die Bergwerkszeitung fällt fast vom Stengel, weil die Bergbauarbeiter keine Lohnforderungen u. a. damit begründen: Die Arbeiterzeitung ist teilnehmend an den Begnungen der Kultur. Diese Forderung ist dem Unternehmerblatt zu unpassend, daß es nicht anders zu tun vermag, als einen Rabel voll Spottes über die Arbeiter auszugeben. Woher brauchen die Arbeiter an der Kultur teilzunehmen? Kultur ist nach der Bergwerkszeitung und ihren Hintermännern für die Arbeiter ein sanfter Balsam, mit dem sie sich nichts auszufragen wissen und von dem sie auch nicht viel verstehen. Um Kulturmanier zu sein, um an der Kultur teilzunehmen, bedürfte es überhaupt keines Besizes, keiner materiellen Güter. Kultur sei etwas Innerliches, dazu bedürfte es der äußeren Güter nicht.

Der Ursprung des Staates der Edvordenier erinnert an jene reichen Fürsten, der den hungernden Egelwurm mit dem inneren Saft der freien Arbeit an den Kinderleiden und mit der Ausweisung auf das Jenseits wohnen wollte. Diese fremdlich gemachte Fortschrittler verjagen aber heute wirklich nicht mehr. Diese Worte sind veraltet.

Wir fassen Kultur ein wenig anders auf als die Mannen einer Wohlstandskultur. Wir verstehen Kultur als allgemeine Fortschritt, Fortschritt der Menschheit zu höheren Entwicklungsstufen und Geschichtswerten und zu einem besseren, gesünderen und gerechteren Leben. In diesem Sinne ist Kultur gewiß zunächst nichts Anderes, sondern etwas Innerliches, aber etwas aus der täglichen Erfahrung innerlich Erlebtes, nämlich die volle Eingebung des Menschen an die Aufgaben dieser Kultur. Der Mensch ist für uns der Inbegriff aller Kultur, er ist deren Träger und Vektord. Was was wir tun, soll und muß von Kulturbewusstsein getragen sein, denn Kultur entsteht nicht von selbst, sondern durch die geschichtswissenschaftliche und geistige Tätigkeit der Menschen. Die Gewerkschaftler verstehen unter Kultur zunächst die wirtschaftlich-soziale Kultur, die die gesellschaftliche Lage, den Bildungsgrad, den allgemeinen und ständischen Fortschritt der Arbeiterklasse bezieht und für verantworten soll. Zum Inhalt dieser Kultur gehört eine Menge von Einzelgeboten wie Versparungen, Entschuldigungen, Arbeitsgründe, Demut u. a. m. Alle diese Einzelgebote sind Teilchen aus dem großen Ganzen einer besseren gesellschaftlichen und kulturellen Ordnung. Diese wirtschaftlich-soziale Kultur ist nicht nur ein Gebot der Pflicht des Einzelnen und der Scham, der Freude am Leben und des Ehrgeizes ein und je nach der wirtschaftlichen Arbeiterschaft mit vollem Bewusstsein die Teilnahme an allen Einrichtungen und geistigen Schöpfungen vermittelt, die die Arbeiter in ihrem sozialen Verantwortungsbereich besitzen. In dieser Arbeiterschaft besteht der Mensch mehr Zeit und mehr Lohn, denn die erste Stufe der Bewusstseinsentwicklung ist die Zeit und die Arbeit, höhere Kultur ist ein Gebot. Aus diesem Grunde ist die Förderung der Arbeiterzeitung ein wichtiger Teil der Kulturarbeit der Arbeiterklasse an den Grundlagen der Kultur nicht nur ein Gebot, sondern überhaupt die erste und wichtigste Voraussetzung, weil für die Gesamtentwicklung der Arbeiterklasse in sich notwendig.

Das ist ein Mann nicht bezweifeln, das die Menschen der Arbeiterzeitung zu unterstützen hat, weil für es der Mensch selbst nicht Lohn und Zeit oder Gesundheit und gesellschaftliche Ordnung ist. Ein solches Werk hat kein Kapital, es hat kein Recht, wenn es nicht Lohn mit der Förderung und Fortschritt der Arbeiterklasse an der Kultur absetzt. Kulturarbeit an der Kultur ist ein Gebot und ein Gebot, das die Arbeiterzeitung fördern soll. Der deutsche Mensch aber ist nicht ungeschult, er ist nicht mit billigen Arbeitszeiten zufrieden, er ist ein Mann für Kapitalisten und Kapitalisten ist ein Mann, der Kultur schenkt seiner Entwicklung von Kultur und Fortschritt ist immer wichtiger Schritt der Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterzeitung an die Arbeiterzeitung selbst den Arbeiter, die von

Nicht weniger als 82 Schönheitspreise entfielen im Jahre 1927 auf das größte Unternehmen der deutschen Automobilindustrie, die Daimler-Benz A.G., nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht. Bei Rennen und Zuverlässigkeitsfahrten wurden von den Mercedes- und Benz-Wagen gar 150 Preise erzielt. Der „Große Preis von Deutschland“ auf dem Nürburgring wurde gewonnen. Aber in der jetzt vorliegenden Bilanz ist von diesen Erfolgen wenig zu merken, wieder bleibt die Gesellschaft ohne Dividende.

Seit dem Jahre 1926 sind die beiden ältesten deutschen Automobilfabriken, die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim und die Benz & Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik AG. in Mannheim, zu der Daimler-Benz A.G. zusammengefloßen. Trotz des guten Rufes der schon aus den Anfangsjahren des Automobils bekannten Marken Mercedes und Benz, trotz alljährlicher Rennerfolge, gelang es beiden Gesellschaften nicht, die in der Vorkriegszeit innegehabte beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt wieder zu erlangen. Auf Veranlassung der Deutschen Bank wurde im Jahre 1924 eine Gemeinschaft zwischen den beiden Fabriken abgeschlossen, und im Juni 1926 nach Wegfall angeblich erdrückender Steuerbestimmungen die Verschmelzung endgültig vollzogen. Damals hatte die Daimler-Benz A.G. nicht weniger als 35 Millionen Mark Bankschulden und außerdem etwa 25 Millionen Mark andere Verpflichtungen, so daß die Deutsche Bank um die gewährten Kredite in erster Sorge war. Im Jahre 1927 aber ist es gelungen, dieses größte deutsche Unternehmen der Automobilindustrie wieder hochzubringen. Obwohl für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr wieder keine Dividende verteilt wird, zeigt die Bilanz und Geschäftsbericht dem, der zwischen den Zahlen zu lesen versteht, einen ganz gewaltigen Fortschritt, fast eine Verdoppelung des Umsatzes und die innere Gesundung des Unternehmens.

Die Belegschaft stieg gegen das Vorjahr von 8500 auf 15 000 Köpfe, also um 75 vH, der Umsatz aber hat sich von etwa 5,5 Millionen auf 10 Millionen Mark monatlich, von 67 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 120 Millionen Mark im Jahre 1927 gesteigert. Die Gesellschaft ist heute so gut beschäftigt, daß erst in den letzten Monaten des Berichtsjahres die Nachfrage überhaupt voll befriedigt werden konnte.

Die Daimler-Benz A.G. umfaßt 5 Werke. In Stuttgart-Untertürkheim, dem Hauptwerk, werden die Personwagen der Marke Mercedes hergestellt, in Mannheim die Benz-Wagen und in Gaggenau die Lastwagen. In Sindelfingen besteht außerdem eine neue Karosseriefabrik, wo jetzt auch Omnibusaufbauten hergestellt werden. In Berlin-Mariensfelde, wo früher Automobil-Camibusse, Feuerwehrfahrzeuge usw. hergestellt wurden, wird jetzt nur noch eine Reparaturwerkstatt mit großem Ersatzlager unterhalten. Die Gesellschaft baut Last-, Bau- und Luxuswagen, Luftschiff- und Flugzeugmotoren, Schiffsmotoren, Motorpflüge und Traktoren. Der Grundbesitz der drei Hauptwerke allein beträgt 850 000 Quadratmeter, wovon 310 000 Quadratmeter bebaut sind. Außerdem besitzt die Gesellschaft in fast allen größeren deutschen Städten Grundstücke, auf denen sich ausgedehnte Reparaturwerkstätten und Garagen befinden, sowie eine großzügige Verkaufsorganisation im In- und Ausland. Das Harde- und Ausstattungsgrundstück in Berlin, Unter den Linden 50/51, wurde Ende 1926 zum Preise von 3 1/2 Millionen Mark abgetreten. An diesem für ein einziges Grundstück erzielten Preise kann man ersehen, welche wertvollen stillen Reserven in der Bewertung der Grundstücke und Gebäude liegen. Der gesamte Grundbesitz steht nämlich nur mit 5,1 Millionen, der gesamte Gebäudebesitz mit 17,5 Millionen Mark zu Buch. Maschinen usw. sind mit 12,08 Millionen in die Bilanz eingerechnet. Das festgelegte Kapital beträgt also insgesamt 34,6 Millionen Mark. Dagegen hat die Gesellschaft ihre Anlagen nebst maschineller Einrichtung für insgesamt 60 Millionen Mark gegen Feuergefahren versichert, also fast doppelt so hoch bewertet als in der Bilanz.

Das Aktienkapital beträgt jetzt nach der im Frühjahr 1927 durchgeführten Umstellung 50,36 Millionen, vorher 36 Millionen Mark. Von diesem Aktienkapital sind 50 Millionen Stammapien und 24 000 Stück Vorzugsaktien im Nennwert von je 15 M., die auf Namen lauten und ein 16faches Stimmrecht haben. Der Großaktionär Jacob Schapiro, der früher die Aktienmehrheit von Benz besaßen hat, soll es verstanden haben, nach und nach etwa ein Drittel des Aktienbesitzes der Daimler-

Benz AG. in seine Hände zu bringen und soll in jüngster Zeit durch weitere Aktienkäufe die Mehrheit der Aktien erworben haben, um in der Generalversammlung eine Dividende in Höhe von 6 vH durchzusetzen. Wenn er also 60 vH des Aktienkapitals im Besitz hat, das sind 30 Millionen Mark Aktien, so kämpft er um eine Dividende von 1,8 Millionen Mark, um einen Betrag also, der des Schweißes der Eulen wert ist. Mag diese Forderung auf persönliches Gewinnstreben zurückzuführen sein und wenig Rücksicht auf die nach Ansicht der Verwaltung noch der Stärkung bedürftige innere Gesundung der Gesellschaft nehmen, auf alle Fälle gehen wir daraus, wie es in Wahrheit die Lage der Gesellschaft bestellt ist, erhalten wir ein wirkliches Bild der tatsächlich erzielten Gewinne, wie wir es aus den veröffentlichten Zahlen vergeblich herauszulesen suchen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird außer dem vorjährigen kleinen Gewinnvortrag von 478,227 M ein Bruttogewinn abzüglich aller Verschärfungskosten ausgewiesen in Höhe von 4,747,641 M (3,1 Millionen Mark im Vorjahre). Da die Bruttogewinnverteilung des Umsatzes erzielt wurde, der Bruttogewinn hiernach aber kaum um 50 vH gewachsen ist, könnte man aus dieser Zahl herauslesen, daß die Rationalisierung sich überhaupt nicht lohnte. Den deutschen Industrieunternehmen ist es gleichgültig, ob diese oder andere wenig schmeichehafte Schlussfolgerungen aus den unzulänglichen Bilanzangaben gezogen werden, so dies von unserer Seite oder von der um den Zinsertrag für die Aktionäre besorgten Handelspresse geschieht. Der Aktienbesitzer sucht immer mehr in wenige Hände zusammen, daraus erklärt sich das Streben der Verwaltungen nach innerer Festigung der Gesellschaften, nach Schwärzung von stillen Reserven. Auf den Kleinaktionär hat man nicht nötig Rücksicht zu nehmen, mag er doch sein Geld zur Sparkasse bringen. Der Weiterentwickler aber glaubt man mit dem Hinweis auf die Dividendenlosigkeit die Waffen aus der Hand schlagen, angemessenen Anteil an den Erfolgen der Rationalisierung vorzuenthalten zu können.

Der Bruttogewinn von 4,7 Millionen, von dem vorher alle Handlungskosten, Direktorengelöhner, Lantienem usw. abgezogen sind, so daß niemand das Verhältnis der Unkosten zum Umsatz nachprüfen kann, hätte zur Ausschüttung einer Dividende von fast 10 vH gereicht und wenn die Hälfte zu offenen Abschreibungen verwendet worden wäre, mindestens noch die Ausschüttung einer Dividende von 5 vH gestattet. So aber hat man den ganzen Betrag zu offenen Abschreibungen auf Maschinen, Werkzeuge und sonstige Einrichtungen im Gesamtbetrag von 4,3 Millionen benutzt, so daß ganze 383,416 M als Reingewinn übrig blieben, die zusammen mit dem auf gleiche Weise zustande gekommenen Reingewinn aus dem Vorjahre mit insgesamt 861,643 M auf neue Rechnung vorzutragen werden. Von wichtigen Bilanzposten sei nur noch erwähnt, daß die Bankschulden, die im Vorjahre noch 28 Millionen Mark betragen, vollständig abgedeckt worden sind.

Die Höhe der Lagerbestände läßt darauf schließen, daß die Verwaltung mit kräftiger weiterer Umsatzsteigerung rechnet. Im Jahresbericht sagt die Verwaltung über die Aussichten des neuen Geschäftsjahres, daß die Gesellschaft im neuen Jahre unter verstärktem Konkurrenzkampf zu leiden habe. Das Ausland verleihe unter Anwendung ungewöhnlicher Propagandamittel seine Überproduktion in steigendem Maße in Deutschland abzugeben. Trotzdem sei es gelungen, die hochwertigen Typen besonders wegen ihrer unerreichten Lebensdauer auf dem Weltmarkt an vielen Stellen wieder zur Geltung zu bringen. In der Vorkriegszeit aber habe die Ausfuhr 70 vH der Gesamtproduktion betragen, diesen Anteil habe die Ausfuhr noch lange nicht wieder erreicht. Vom Auslande werden besonders die Kompressor Typen 15/70/100 PS und 24/100/140 PS in zunehmendem Maße gekauft, besonders die unter „K-Wagen“ und „S-Wagen“ bekannten Sporttypen finden in der ganzen Welt große Anerkennung.

Alles in allem bestätigt uns der Geschäftsbericht, daß die Daimler-Benz-Werke auf dem Wege über Rennerfolge und Schönheitspreise auch zu innerer Kräftigung gelangt sind, daß die Erzeugnisse dieses Unternehmens dazu beitragen, den Ruf deutscher Arbeit draußen in der Welt neu zu festigen. Undenkbar aber sind diese Erfolge ohne die hochwertigen Leistungen der Arbeiterzeitung. Denn das macht kein Erfindergeist und kein noch so weitverzweigtes Verkaufsnetz allein. J. F. r. l.

der Gleichgültigkeit der arbeitenden Klasse leben, nicht, weil sie an die Burg ihres Herrtums geht und ihnen etwas freizügig macht, was sie als ihr alleiniges Recht an sehen. Darin liegt die große und an die Fundamente der kapitalistischen Ordnung ruhende Bedeutung der „Arbeitnahme an der Kultur“. Sie erzieht den Menschen zum vollen Bewusstsein seiner gesellschaftlichen Stärke und ist die Klasse in keinem Kampf um die soziale Bestimmung. Je mehr sich die Arbeiter mit kulturellen Dingen befassen, um so schwächer wird die Stellung des Kapitals werden. Daher wird die Arbeiterzeitung sich mit ihrer ganzen Kraft für die kulturelle Höherentwicklung einsetzen.

Lohnkampfbereite Monate

Bekanntlich laufen in diesem Jahr, und zwar in der Zeit von Ende März bis Ende Oktober 307 Tarife mit 4 637 600 Arbeitern ab. Diese 307 Tarife verteilen sich auf die einzelnen Monate wie folgt:

307 Tarife mit 2 437 800 Arbeitern Ende März	191 Tarife mit 2 437 800 Arbeitern Ende März
44	812104
15	110800
16	68100
4	211200
11	28600
18	142500
15	628500

Die Tarife verteilen sich auf fast sämtliche Industrien. Unter denjenigen, die im April ablaufen, befindet sich der Fuhrerbergbau mit rund 400 000 Bergarbeitern. Demnach werden die Bewegungen in diesem Jahre mit unverminderter Schärfe weitergehen. Grund genug für die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung beizutreten.

Wappstein für Lebenshaltungskosten gleichbleibend

Die Wappstein für Lebenshaltungskosten hat sich im März gegenüber dem Februar nicht verändert. Er betrug im Januar 150,8 und im Februar und März 150,8. Für die Gruppe Feinbau und Bekleidung trat eine kleine Erhöhung ein, die aber durch den Rückgang anderer Gruppen ausgeglichen wurde. Auch der Großhandelsindex hat sich im März wenig verändert. Er betrug am

28. März 1928 gegen 137,9 im Februar und 138,7 im Januar dieses Jahres. Legt man die Indexberechnungen des Statistischen Reichsamtes zugrunde, so scheint in den ersten Monaten dieses Jahres die Preisbewegung stehen geblieben zu sein. Es ist eine andere Frage, ob diese Wahrnehmung auch von jeder Arbeiterfrau gemacht wird.

Wohnungsgruel ohne Ende

Die Wohnungsnot dauert unvermindert an. Gatten wir 1927 noch eine leichliche gute Zunahme von Neuwohnungen, so scheint es im Jahre 1928 hauptsächlich infolge der Kapitalknappheit sehr schwierig anzusehen. Und doch muß immer wieder darauf hingewiesen werden, welche Schäden für die Volksgesundheit, für die Einbuße an Menge und Güte der Arbeitsleistung durch solche Wohnverhältnisse entstehen. Bekanntlich wohnen 200 000 Familien in Knechten in fremden Haushaltungen. Mehr als 600 000 Haushaltungen sind im Reich ohne eigene Wohnung. Es gibt also Wohnräume, die diesen Namen kaum verdienen. Für Inassen von Gefängnissen werden 28 Kubikmeter Luftraum, in der Einzelzelle 8 bis 9 Quadratmeter Wohnfläche bereit gehalten. Geringer muß sich der größte Teil der ärmeren Bevölkerung mit wesentlich weniger Luftraum und Wohnfläche pro Kopf begnügen. Die Stadt Werdau in Sachsen hat kürzlich folgende gräßliche Feststellung gemacht: 24 Kinder hatten je 4 Quadratmeter Wohnfläche für sich allein, 21 mit einer zweiten Person gemeinsam, 26 mit zwei anderen Personen gemeinsam und 13 mit dreien. Also vier Menschen jede Nacht auf 4 Quadratmeter Wohnraum! Die öffentliche Meinung sollte aufgedeckt werden durch diese erschreckenden Tatsachen mit aller Macht darauf drängen, daß die Hilfe vor allem auf diese Zustände gelenkt werden. Der größte Teil der öffentlichen Ausgaben müßte zurückzuführen, wenn es sich darum handelt, die Wohnungsnot zu lindern. Der Artikel 151 der Reichsverfassung besagt: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs“. Wenn irgendwie die Arbeitskraft geschützt werden müßte, dann dort, wo die Menschen den größten Teil ihres Lebens verbringen.

Das allgemeine Volkrecht kann nicht allein den demokratischen Geist schaffen. Der echte Demokrat fühlt und handelt demokratisch nicht nur im Parlament, sondern auch in seiner Gemeinde, in seiner Betriebsrat und in seiner Familie. Majorität, Präsident der Eisenhüttenwerke

Zur Einführung der Invalidenunterstützung

Zu beachten. Ein paar Anfragen lassen es ratsam erscheinen, noch auf folgendes hinzuweisen:

1. Die Invaliden, die bisher den Invalidenbeitrag (10 % die Woche) entrichteten, können (nach dem Entwurf des Vorstandes) sich das Anrecht auf die Invalidenunterstützung der ersten Klasse dadurch erwerben, daß sie zu den 10 % noch 30 %, zusammen 40 % die Woche zahlen. Durch Zuzahlung von 25 % in der zweiten Klasse wird die Invalidenunterstützung der zweiten Klasse erworben usw.

2. Von dem Tage an, wo ein Mitglied Invalidenunterstützung vom Verbandsverband bezieht, hat es (nach dem Entwurf des Vorstandes) nicht den ganzen Beitrag der Vollmitglieder zu entrichten, sondern nur noch 10 % wöchentlich.

Dies bitten wir zu beachten, damit bei der Erörterung von Einzelheiten des Entwurfs nicht von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird.

Einheitliche Wartezeit - Mehr für die Pioniere

Es muß jedem klar sein, daß für die Invalidenunterstützung erst ein Kapital angehäuft werden muß. Auch mit der Höhe der Beiträge und der Rente kann ich mich einverstanden erklären. Die Verschiedenheit der Wartezeit halte ich jedoch für unglücklich gewählt. Sie ist ungerecht. Als Wartezeit würde ich für alle Mitglieder 10 Jahre vorschlagen. Der Vorstand rechnet mit einer Verzinsung von 3 % der Rentenzinsen. Diese Zahl würde voraussichtlich nach 30 Jahren, vom Tage der Rentenzahlung gerechnet, zu erwarten sein.

Hochbedeutend (wie ich es auffasse) sind die Übergangsbestimmungen, die den Pionieren des Verbandes gemacht werden. Wenn diese Bestimmungen Gesetz werden, kann man die Pioniere, die in den Genuss der Rente kommen, mit der Laterne suchen. Mitglieder, die dem Verbandsverband mindestens 37 Jahre angehören, haben wohl durchschnittlich ein Alter von 67 bis über 70 Jahren. Diese Alten sollen von, sagen wir, 1929 an noch zwei Jahre Beiträge entrichten, bevor sie Rente bekommen. Dann werden wohl 0,25 von Tausend bezugsberechtigt werden, und nicht vielen Metallarbeitern Deutschlands wird es gegeben sein, ein solches rentenbeziehendes Wundertier bestaunen zu können.

Die Anrechnung der Mitgliedschaft soll nach dem Entwurf des Vorstandes folgendermaßen geschehen:

die bis 1891 Eingetretenen zahlen 104 Wochen,	
von 1892-1901	156
1902-1905	208
1906-1914	260
1915-1919	312

Das versteht jeder kann! Der höchste Unterschied ist also bei den ältesten Mitgliedern. Umgekehrt muß es sein! Je näher die Mitglieder dem Grabe stehen, desto vorteilhafter muß die Unterschiedlichkeit ihrer Rechte sein. Als im Jahre 1890 das Invalidenversicherungsgesetz eingeführt wurde, gab die bürgerliche Gesetzgebung den alten Invaliden, die in den letzten drei Jahren in einer Beschäftigung gestanden hatten und versicherungspflichtig gewesen waren, wenn das Gesetz schon bestanden hätte, sofort eine Rente. Ähnliches muß auch der Verband können. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Zu den Übergangsbestimmungen mache ich folgenden Vorschlag: Die erste Zahlungspflicht des Verbandes für Renten tritt 6 Monate nach der Einführung der Versicherung ein. Vorbedingung für den Bezug der Rente ist, daß das Mitglied mindestens 25 Jahre ohne Unterbrechung dem Verbandsverband angehört. Bezahlt wird, wenn Invalidität nachgewiesen ist:

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse
bei 25 Jahren	20,- M.		
26	21,50		
27	23,-		
28	24,50		
29	26,-		
30	27,50		

Die Beitragsleistung:	
Mitglieder im Alter von	68 Jahren aufwärts zahlen 52 Wochen
65-67	104
63-64	156
60-62	208
55-59	260
50-54	312

Mitglieder von 65 Jahren aufwärts sind berechtigt, wenn sie die Hälfte der Beiträge entrichtet haben, die Pensionierung zu beantragen, erhalten alsdann 50 % der Rente.

Eine Probe nach Antrag des Vorstandes: Ein Mitglied ist 70 Jahre alt und 25 Jahre Mitglied. Dieses Mitglied muß noch vier Jahre Beiträge bezahlen, erhält dann monatlich 20 M. Dieses Mitglied ist längst tot, wenn Bezugsberechtigung eintritt. Gegenüber Mitglied 70 Jahre, ein Jahr Beitrag, Rente 20 M. Das Mitglied beantragt nach einem halben Jahre die Rente, erhält dann 10 M. Dieses Mitglied würde vielleicht noch in den Genuss der Rente auf einige Monate kommen.

Diese Ausführungen machen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es können Unterschiede in den Jahresberechnungen zu dem Antrag des Vorstandes vorkommen sein. Meine Ausführungen sollen Anregungen sein und Richtlinien vorstellen, um den alten Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die alten Mitglieder haben ein Recht, besser berücksichtigt zu werden. Sie haben dem Verband die Treue bewahrt. Sie sind der Grundstock gewesen, worauf weitergebaut wurde. Der Verband ist heute eine Macht, er steht als Staat im Staate. Ein gutes Teil davon muß man den alten Mitgliedern gutschreiben. Darum die Pioniere besser berücksichtigen. Fr. Siere, Berlin.

Zu der Vorlage des Vorstandes könnte man sagen, daß die Beiträge zu bezeichnen gehalten die Unterstützung jedoch äußerst zufriedenstellend sei. Nur eins habe ich daran anzusetzen, nämlich daß die alten Kollegen, die von 1891 bis 1893, auch noch für diese Unterstützung zahlen sollen. Der Vorstand denkt wahrscheinlich, wir müssen vorher noch Geld haben, aber wir den Pionieren etwas zahlen können. Da hat der Vorstand zwar recht. Aber alles was recht ist, das Alter sollte man jetzt schon, soweit sie Invaliden sind, die Unterstützung gewähren, denen von 1894 ab erst drei Jahre später. Friedrich Schwell.

Nicht Invaliden-, sondern Altersversicherung

Ich habe vor mir die Nr. 15 und 18 bis 22 des Jahrgangs 1926 unserer guten Verbandszeitung. Ausgeatmet 16 Zeilen von 15 Kollegen reden da der Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung das Wort. Fast alle aber zuerst einer Altersversicherung oder doch in erster Linie einer solchen. Jetzt nun, in Nr. 10 der MZ liest man von einer Invalidenversicherung. Auch in Nr. 11 ist nur von einer Invalidenversicherung die Rede.

Im gleichen Sinne die Rede. Der geplante § 12 läßt in Abs. 2 und 5 erkennen, daß der Antrag unserer Verbandsvorstände nur auf eine Invalidenunterstützung abzielt. Das will mir nicht in den Sinn. Der Antrag in seiner jetzigen Fassung, die nur a m l i c h b e z u g l i c h e Invalidität berücksichtigt, erfüllt meines Erachtens nicht das, was die Kollegen, darunter meine Wenigkeit, in erster Linie wünschen: Die Altersversicherung! Als Nebenleistung war die Invalidenversicherung gedacht, nicht als Hauptache! Mit der Pflichtleistung der Beiträge für die männlichen Mitglieder der 1. Beitragsklasse kann man sich abfinden, obwohl auch darüber geteilte Meinung sein dürfte. Wenn ich dann lese, daß die Unterstützung „nach sorgfältiger Erwägung aller in Betracht zu ziehenden Umstände auf die Invalidität beschränkt bleiben“ soll, dann möchte ich aber doch nicht die Möglichkeit darüber ausdrücken. Ich hege die Überzeugung, daß der Antrag in vorliegender Form für viele Kollegen, die seit 1926 an der Ausarbeitung einer Alters- und Invalidenversicherung warteten, eine Enttäuschung bedeutet. Daß eine Altersversicherung in Verbindung mit Invalidenunterstützung erheblich höhere Beiträge erfordert, ist klar. So erheblich, wie der Vorstand es „zwischen den Zeilen“ darstellt, wird es aber doch nicht. Dem übermäßigen Bezug einer Altersrente dürften schon infolge nicht viele Kollegen „anheimfallen“, wenn das Mindestalter zum „Genuß“ der Rente 60 bis 65 Jahre ist. Immer wieder liest man in der Arbeiterpresse, wie schwer es für entlassene Arbeiter über 40 Jahre meistens ist, wieder in Arbeit zu kommen. Zwischen den Zeilen liest man das auch in den Aufsätzen der 1926 zum Wort gekommenen Kollegen. Da konnte es eine gewisse Verhütung für die alten Kollegen werden, wäre der Vorstandsentscheid vorwiegend auf eine Altersversicherung hin ausgearbeitet worden. Ich fürchte aber, daß der Vorstand, nachdem das harte „Muß“ geschrieben steht, von seiner vorgefaßten Meinung nicht mehr abweicht. Ich sage hier ganz bewusst: Vorgefaßt! Denn wenn die Wünsche der Mehrzahl jener 15 Kollegen, deren Meinungsabdruck doch jederzeit sicher im Vernehmen mit dem Vorstand erfolgte, heute so wenig Berücksichtigung finden, so ist der Begriff: Vorgefaßte Meinung sicher nicht übertrieben. Freudig würde ich mich sicher viele der alten Kollegen es begrüßen, wenn der Vorstand doch noch eine Antragsänderung vornähme. Sicherlich läßt sich auch die Altersversicherung einrichten, wenn der Wille dazu da ist.

Der mann Brauer, Kiel.

Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre

Die in Nr. 10 der MZ veröffentlichte Vorlage des Vorstandes wird wohl allgemein begrüßt werden. Evident findet sich auf dem diesjährigen Verbandstage die erforderliche Mehrheit, um die Inanspruchnahme der durch die Aussprache verbesserten Vorlage zum angegebenen Zeitpunkt zu ermöglichen. Nun einige Bemerkungen zur Vorlage selbst:

Gegen die Bemessung der Beiträge läßt sich nichts einwenden. Mehrleistungen unserer Organisation setzen höhere Beiträge voraus. Anerkannt muß werden, daß, da die Auswirkungen des neuen Unternehmens vorderhand nur schätzungsweise zu übersehen sind, die Beitragsleistungen sich in gebotenen Grenzen halten. Wenn auch nicht verlangt werden darf, daß die neue Belastung angesichts der vielfach erbärmlichen Löhne nicht zu schwer ist. Immerhin, gemein an den Beiträgen zur staatlichen Invalidenversicherung kann doch gesagt werden, daß sie das Maß des Gebotenen nicht überschreiten. Zu begrüßen ist, daß die neue Versicherung für die männlichen Mitglieder allgemein eingeführt wird, während die Kolleginnen, die sich ein Anrecht auf die neuen Leistungen sichern wollen, sich diesen Anspruch durch Wahlweise Beitragsleistung sichern können. Daß zunächst eine gewisse Wartezeit bis zum Beginn der erstmaligen Auszahlungen vorgezogen ist, ist nicht begrifflich. Ein Grundstock in angemessener Höhe muß natürlich erst angehäuft werden. Aus bekannten Gründen ist die neue Leistung wie alle übrigen Unterstützungen als Kanalkleistung gedacht.

Nun zum § 12 der Vorlage. Daß für die Anerkennung des Anspruchs auf Invalidenunterstützung, außer der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen, eine Bescheinigung eines staatlichen Versicherungsträgers verlangt wird, hat ja wohl nur formale Bedeutung und dient zur Verhinderung von Mißbräuchen. Auch die Berechnung der Rente nach Beitragsklassen sowie die Rentenfestsetzung durch den Vorstand hat ihr Vorbild in der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung. Unklar und bedenklich erscheint hingegen der Abs. 5 des § 12 der Vorlage. Es heißt dort: „Als dauernde Arbeitsunfähigkeit wird die gänzliche Arbeitsunfähigkeit verstanden und.“ Diese Fassung ist meines Erachtens nicht glücklich und leicht mißzuverstehen. Inhaltlich und sprachlich bedeutet „gänzliche Arbeitsunfähigkeit“ doch, daß der seinen Anspruch geltend machende Kollege völlig außerstande ist, auch nur die geringste Lohnarbeit zu verrichten. Und wo bleiben die über 60-jährigen Kollegen, von denen doch immerhin noch ein und wieder einzelne Kollegen Lohnarbeit verrichten, trotzdem sie Invalidenrentner sind? Die Versicherungsfälle der staatlichen Invalidenrentner sind die Vollendung des 65. Lebensjahres oder der Eintritt der Invalidität. Unter Eintritt der Invalidität versteht man, daß die Person nicht mehr in stande ist, ein Drittel dessen zu verdienen, was körperlich und geistig gesunde Personen mit gleichen Fähigkeiten durch Arbeit zu verdienen pflegen. Wenn also in der Vorlage vorgesehen ist, daß eine Bescheinigung über den Bezug der staatlichen Invalidenrente vorzulegen ist, dann muß auch eine Anrechnung des Wortlautes an den des § 1255 RVO erfolgen. Nur dann hat die geforderte Bescheinigung des staatlichen Versicherungsträgers Sinn.

Wie steht es nun bei vorübergehender Invalidität? Nach meiner Ansicht ist diese mit völliger Invalidität hinsichtlich der Verbandsunterstützung gleich zu erachten. Vorübergehende Invalidität im Sinne der RVO liegt dann vor, wenn der Versicherte ununterbrochen bis zum Ablauf des Krankengeldes arbeitsunfähig war; die Rentengewährung setzt dann für die weitere Dauer der Arbeitsunfähigkeit ein. Die Vorlage sieht jedoch nur Unterstützung vor, wenn dauernde und gänzliche Arbeitsunfähigkeit vorliegt. Also auch hier ist eine Anrechnung an den Wortlaut des § 1255 RVO geboten, zumal dort vorgezogen ist, daß beim Übergang der vorübergehenden Invalidität in dauernde die einmal festgesetzte Rente nicht mehr geändert wird.

Des weiteren sieht Abs. 6 des § 12 der Vorlage vor, daß der Vorstand jederzeit durch einen von ihm zu bestimmenden Arzt Nachuntersuchungen der Invalidität vornehmen lassen kann. Obgleich so fern diese Nachuntersuchungen den Zweck verfolgen, die vom Versicherungsträger oder im Rechtszug mit dessen Ansprüchen Abgewiesenen zu unterstützen, ist die Nachuntersuchung zu begründen. Im anderen Falle erzieht eine Nachprüfung überflüssig, zumal die Bescheinigung des Versicherungsträgers ohnehin in ausreichendem Maße geschieht.

Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts werden in der RVO nicht wie in der RVO die Hunderte der Erwerbsminderung, verursacht durch die verschiedenen körperlichen Leiden oder Gebrechen, zusammengefaßt, vielmehr muß der Grad der Erwerbsminderung, der den Anspruch auf die RVO rechtfertigt, 60% oder deren Grenzpreisung durch ein einzelnes Leiden oder Gebrechen verursacht sein. Wenn also diese Nachuntersuchungen zugunsten der Anspruchsberechtigten einzeln sollen, um den durch die harte Paragrafennummern Zurückgewiesenen gerecht zu werden, würde vielfaches Anrecht bejaht werden. Auch die Bestimmungen des § 13 des Entwurfs sind nicht einseitig. Sollen die vorgesehene Unterstützungen (beim Ableben eines Versicherten) neben dem allgemeinen Sterbegeld gezahlt werden, dann ist eine andere Fassung erforderlich. Abs. 3 müßte dann folgendermaßen lauten: „Neben dem Sterbegeld wird beim Ableben usw.“

Daß die Vorlage noch manchen Verbesserungsvorschlag auslösen wird, ist verständlich. Besonders die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre für den Bezug der Unterstützung wäre zu erwägen.

Angesichts der heutigen Bestrebungen der „Wirtschaft“, die alten Leute auszustößen, wäre vor allem auch eine Herabsetzung der Altersgrenze in der RVO bonndien. Den Stimmen, die von der neuen Einrichtung eine Schwächung des Verbandes befürchten, kann auch sehr geantwortet werden, daß jeder Ausbau unserer Leistungen der Organisation nur förderlich gewesen ist. Wir können eben nicht warten, bis durch unsere Macht der Staat unseren Alten eine zum Leben ausreichende Unterstützung zahlt. E b i n g h a u s.

Zwei Zigaretten oder ein Glas Bier weniger...

Der Plan, die Invalidenversicherung in unserm Verband einzuführen, ist ein Kulturfortschritt. Ich glaube, daß abgesehen von kleinen Änderungen, von den Befürwortern nichts auszusagen sein wird. Die Beiträge sind ja im Verhältnis zu den Löhnen und Leistungen der staatlichen Versicherung gering. Bei den Kollegen, die Militärenternte beziehen und arbeitsunfähig sind, könnten Bedenken bestehen, daß die Rente vom Verband bei der Zahlung der Zuzugrente in Abzug gebracht werde. In diesem Fall wäre ein Beitrag nicht zu empfehlen, weil ja dem Staate dann die Gelder der Kollegen geschenkt würden. Sollte meine Annahme nicht zutreffen, so kann auch für diese Kollegen die Einrichtung nur von Nutzen sein. Warum der Entwurf eine Rente für die hinterbliebene Frau nicht vorsieht, ist nicht mit zur Sprache gebracht. Meines Erachtens wäre eine kleine Unterstützung für die Frau von Vorteil; sie würde der Einrichtung schon jetzt viel freundlicher gegenüberstehen. Es gibt eine Anzahl Kollegen, die dem Entwurf ablehnend gegenüberstehen. Sie begründen es damit, daß es Aufgabe des Staates sei, für seine Opfer zu sorgen. So richtig dies ist, wie find leider noch weit von diesem Ziele entfernt. Es ist darum unsere Aufgabe, schon jetzt dafür zu sorgen, daß es uns im Falle der Invalidität etwas besser geht. Bei vielen Kollegen geht es eben nicht ohne Zwangsmassnahmen. Sie haben für die Einrichtungen, die sie sich selbst schaffen, wenig oder gar kein Verständnis (ich verweise nur auf die Genossenschaften). Wenn der Beitrag für eine soziale Versicherung vom Lohn gekürzt wird, ist es gut und in der Ordnung, aber nur nichts freiwillig leisten. Diesen Kollegen möchte ich aber sagen, daß es großen Wert hat, außer den paar Mark Gehalt der Rente noch einen Zuschuß zu bekommen. Die 30 oder 20 % die Woche für unsere eigene Invalidenversicherung spielen keine große Rolle; zwei Zigaretten weniger in der Luft oder ein Glas Bier weniger durch die Gurgel verbürgen die Unterstützung bei Invalidität. Nun mag gefragt werden: Wer wagt, ob wir in den Genuss der Rente kommen? Da ist zu antworten, daß die Frage auch bei der staatlichen Rente zutrifft, wo die Beiträge weit höher sind. Ein Ausgleich ließe sich schließlich, wie schon erwähnt, durch Gewährung einer kleineren Rente an die hinterbliebene Frau machen. Ich für meinen Teil meine, daß, wenn ich nicht in den Genuss der Rente komme, ich doch wenigstens dazu beigetragen habe, eine von uns geschaffene soziale Einrichtung zu fördern. R. Hempel.

Invaliden- oder Alters- und Invalidenversicherung?

Mit der Vorlage des Vorstandes dürfte den Wünschen des größten Teiles der Mitglieder Rechnung getragen sein. Wohl wird ein kleiner Teil vielleicht nur um der Opposition willen Opposition treiben. Daß durch diese neue Unterstützung der Klassenkampfcharakter verloren geht, wird wohl wohl keiner behaupten. Oder doch? In Jena haben wir in den von Professor Abbe gegründeten Stiftungsbetrieben schon seit mehr als 40 Jahren die Pensionsinstitution, ohne daß es Kollegen eingefallen ist, dagegen Sturm zu laufen. Und daß eine von der Mitgliederliste eingeführte und vermalte Unterstützung besser wirkt als eine der Privatindustrie, dürfte jedem Kollegen einleuchten.

Dem Entwurf des Vorstandes kann man zustimmen mit einer Änderung, nämlich daß er nicht bloß Invaliden-, sondern Alters- und Invalidenunterstützung schaft. Wenn der Vorstand schreibt, der Staat erkennt im Alter von 65 Jahren ohne weiteres die Invalidität an, so daß in diesem Falle auch die Verbandsunterstützung gewährt wird, so soll das heißen, daß im Alter von 65 Jahren (nämlich Altersgrenze vom Staat) an alle Kollegen die Unterstützung gezahlt wird. Nichts wäre schädlicher, wenn hier zwischen den einzelnen Kollegen Unterschiede gemacht würden. Aus diesem Grunde schlage ich als Ergänzung des Absatzes 5 vor: „Invalidenunterstützung erhält ferner, wer auf Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen Unterstützung erhält.“ Die vom Vorstand angelegten Mehrbeiträge dürften meines Erachtens ausreichen. Der Satz von 3 % der Unterstützungsempfänger ist zweifellos zu hoch gegriffen. Erreichen doch selbst die Stiftungsbetriebe, obwohl sie eine beständige und ältere Arbeiterchaft haben, diesen Satz nicht. Die Stimmen, die zur Pensionsunterstützung bei Zeit erforderlich sind, sind bei weitem nicht so groß, als es der Gründer der Stiftung vorgezogen hat. Alles in allem: nicht nur Invalidenunterstützung, sondern Alters- und Invalidenunterstützung. Emil Bösch, Jena.

Vom Reichsarbeitsgericht

Rangverbot und Betriebsstrafen (Nachdruck verboten.)

Die besagte Webererei in M. Glöblich hatte gegen den in ihrem Unternehmen als Weber beschäftigten Kläger wegen Übertretung ihres Rangverbotes einseitig eine Strafe von 1,10 M festgesetzt und den Betrag vom Lohn einbehalten. Ähnlich eine Wigognepinnererei am gleichen Orte verfahren, die von dem Kläger, der als Spinner beschäftigt ist, wegen Ablieferung schlechten Materials einseitig eine Strafe von 50 % einbehalten hat. Die Beklagten sind in beiden Fällen unter Bestätigung der Urteile des Landesarbeitsgerichts Krefeld (das Berufung und Revision wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage zugelassen hat) vom Reichsarbeitsgericht zur Zahlung der eingeklagten Beträge verurteilt worden. Den Entscheidungsründen des Reichsarbeitsgerichts ist als richtungweisend folgendes zu entnehmen: Das Landesarbeitsgericht geht ohne Rechtsirrtum davon aus, daß die im § 20 Abs. 2 BVO vorgezeichnete gemeinsame Festsetzung von Strafen durch den Arbeitgeber und den Arbeiterrat nicht nur auf die grundsätzliche Verhängung von Strafen sich beziehe, sondern bei jeder einzelnen Bestrafung stattfinden müsse. Die Bestimmung des § 20 Abs. 2 BVO, daß die im § 134 b Abs. 1 Nr. 4 BVO vorgegebene Festsetzung von Strafen durch die Arbeitgeber gemeinsam mit dem Arbeiter- oder Angestelltenrat erfolgt, hat nach längerem Streit in den ersten Jahren der Geltung des Betriebsratsgesetzes in Rechtsprechung und Rechtsprechung zu der überwiegenden Meinung geführt, daß die gemeinsame Festsetzung von Arbeitgeber und Arbeiter- oder Angestelltenrat in § 20 Abs. 2 BVO sich auch auf die Verhängung und Abschreibung von Einzelstrafen erstreckt. § 134 b Abs. 1 Nr. 4 BVO und durch § 104 IV BVO zu Nr. 4 des § 134 b nicht geändert. Rechtsinwandfrei ist ferner die Feststellung des Landesarbeitsgerichts, daß § 20 Abs. 2 BVO als zwingendes Recht durch die Arbeitsordnung nicht dahin geändert werden könne, daß die Straffestsetzung einseitig durch den Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter zu erfolgen habe. Die Arbeitsordnung hat zwar, sofern sie ordnungsmäßig zustande gekommen und inhaltlich gesetzmäßig ist, eine beide Teile bindende Wirkung, andere Rechtsnormen aber gehen ihr vor; insbesondere ist sie nach § 134 BVO nichtig, wenn und soweit sie gegen zwingende Gesetzesvorschriften verstößt. Sie kann eine Schutzbestimmung, wie sie § 20 Abs. 2 BVO darstellt, nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer wirksam abändern, ganz gleich, aus welchem Beweggrund die Abänderung vorgenommen wird. (RVO. 41-42/27. - 11. Januar 1928.)



Familie und Heim



Die Frau im Staat

Von P. S o c h e

Das Verhältnis von Frau und Staat hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich geändert. Die Frauenbewegung, die das weibliche Geschlecht aus der Enge des Hauses heraushob und ins öffentliche Leben stellte, schuf ihm auch neue Beziehungen zum Staat. Die jüngste Vergangenheit brachte ein Neues, das Wahlrecht, und damit die Wahlpflicht. So wurden die Beziehungen noch inniger. Nur mag man sich gegen den heutigen Zustand freundlich, zustimmend oder ablehnend verhalten, man kann doch nicht umhin, mit dem Gewordenen zu rechnen und daraus den höchsten Gewinn zu ziehen.

Aus der Fülle des Tatsächlichen wie Möglichen seien zwei Fragen herausgehoben: Was bedeutet heute die Frau für den Staat? Was umgekehrt der Staat für die Frau?

Die Frau ist zunächst die Seele, die Hüterin der Familie. Die Familien sind wieder die Zellen des Staates, die sein organisches Sein bestimmen. Ohne die Hilfe der Frau ginge der Staat zugrunde, durch sie gedeiht er. In der Familie bildet sich der junge Mensch wie der Vogel im Ei, wie die Perle in der Muschel. Drum ruft Pestalozzi aus: O Vaterhaus, du Grundlage aller Sitten und des Staats! Von der Erziehungsarbeit der Mutter hängt es mal ab, ob der Mensch später zum lebensfähigen Staatsbürger heranreift oder nicht. Sie wird sein Schicksal. Wenn die Mutter ihre Pflicht tut, eröffnen sich ungeheure Aussichten. Da wird unsere öffentliche Jugendpflege zum großen Teil überflüssig, da leeren sich die Gefängnisse, Zuchthäuser, Krankenanstalten, da wachsen gesunde, leistungsfähige Menschen von staatsbürgerlicher Gesinnung heran. So gering die Erziehungsarbeit der Mutter manchmal erscheint, sie ist doch die mächtigste und nachhaltigste Kraft, und Jbhens Wort läßt sich auch auf den Staat anwenden: Die Frauen werden die Menschheitsfrage lösen, als Mütter werden sie es tun! Die mütterliche Leistung der Frau ist geradezu überragend; aber wenn daneben ihre Stellung als Hausfrau, als Gattin des Mannes auch von geringerer Bedeutung ist, so muß sie hier, wo es sich um ihren Wert für den Staat handelt, doch entschieden betont werden.

Selbst in dem Staat, in dem die größte Wohlfahrt herrscht, werden stets tausend große und kleine Nöte nach Abhilfe schreien. Das weibliche Gemüt empfindet das Mitleid besonders tief, es ist zum Helfen mehr als der härtere Mann geschaffen. Zur Erhe des weiblichen Geistes muß gesagt werden, daß das Wohltun im Stillen, das Helfen, Bessern und Behüten schon immer von ihr geübt wurde. Aber heute geschieht mehr von der Frau. Seit sie in das öffentliche Leben trat, betätigte sie sich besonders in der Richtung, zu der ihr Wesen drängt, in der sozialen Fürsorge. Heute ist ein großes Meer von Helferinnen auf dem Wege, um die Not der Bedürftigen zu lindern. Wieder ist es die Frau, die dem Staate dient, die gerade da zu seinem Organ wird, wo der Mann nicht immer in geeigneter Weise auszugleichen vermöchte.

Mit diesem mütterlichen und sozialen Wirken ist die staatliche Bedeutung der Frau noch nicht erschöpft. Sie ist auch, seit sie das Haus verließ, in den Wirtschaftslauf des Staates eingepaßt worden. Die Frau als Arbeiterin, als Erzieherin. Schon vor dem Kriege schätzte man, daß etwa ein Drittel aller Warenherstellung von der Frau getan werde. Heute dürfte der Satz noch höher sein. Es liegen in dieser Tatsache nicht geringe Gefahren; aber die erwerbende und schaffende Frau ist nun einmal da und wird trotz der Umstände in absehbarer Zeit nicht verschwinden. Hier sei nur die Tatsache gebracht. Gewiß gibt es jetzt noch Berührungen, mit der Zeit wird sich indessen immer mehr erweisen, daß die Frau naturgemäß immer die Berufe einflügen wird, die ihrem besonderen Wesen entsprechen. Man denke an das Erziehungs- und Lehrgebiet, an das Bekleidungsweesen, an das Kunstgewerbe. Neue Berufe werden entstehen, die der Mann nicht so gut betreiben konnte, werden besser getan werden, die Ware wird einem andern Charakter erhalten, die Kräfte anders verteilt werden. Welche Ausnahmen erschaffen das nicht auch auf die Volkswirtschaft, die heute mehr als je auf den Wettbewerb angewiesen ist?

Auch dann sei nicht vorbeigegangen, daß die Frau heute mehr als je in das geistige Leben eingetreten ist. Es ist nur natürlich, daß es dadurch beeinflusst, verändert und aller Wahrscheinlichkeit nach bereichert wird. Wir sehen heute die Frau im allgemeinen nicht nur gründlicher, geistiger ausgebildet als ehemals, sondern es stehen auch viele von ihnen an führender Stelle sowohl in künstlerischer wie wissenschaftlicher Beziehung. Auch nimmt die Frau heute in hohem Maße Anteil an politischem Leben. Sie betätigt sich vielfach in Vereinen, Versammlungen, in der Partei. Sie wird dadurch zur Macht, die der Staat beachten muß. Es darf wohl angenommen werden, daß die Frau ihre eigenen Angelegenheiten nicht nur deutlicher betrachten kann, sondern so manche öffentliche allgemeine Angelegenheit anders betrachten wird, wenn sie nicht nur vom Manne, sondern auch von der Frau her betrachtet wird. Zusammenfassend läßt sich demnach behaupten, daß die heutige Frau das Wesen des Staates sehr wesentlich mitbestimmt, daß er von ihrer Mitarbeit viel gewinnen muß, daß in den jetzigen Zeiten, wo die Frau erst recht auf den Plan getreten ist, eine gewisse Beteiligung des Staates vor sich gehen wird, die genau zu betonen erst einer späteren Zeit möglich sein kann.

Und auf die zweite Frage: Was gewinnt die Frau im besonderen durch den Staat? ist zu antworten: Der größte Wert dürfte darin bestehen, daß die Frau, die das häusliche Geschick lenkt, für ihre gesamte Persönlichkeit, also zunächst in dieser Weise profitiert. Ihr Tätigkeitskreis erweitert und vertieft sich, er geht hinaus über die Enge der vier Wände. Die vom Staateschaffen durchdrungene Frau wird mancherlei kenne lernen, sie durchdringt das Wissen und Denken der heute gewordenen Welt, sie befragt manches, was früher der Frau doch nicht fern lag. Sie erpicht neue Zusammenhänge, heranzieht das Staatsrecht, es werden aber auch Erfahrungen, Kenntnisse entstehen, die sich im Handeln leichter auswirken. Die Persönlichkeit der Frau wird durch ihren Anteil am öffentlichen Leben, am häuslichen Geschick vielfältiger, haltbarer, gesünder, es werden wertvolle Kräfte in ihr wachgen, die sonst für immer geschlafen hätten. Sie wird besser imstande sein, dem Manne eine verständnisvolle Gefährtin zu werden, ihre

Kinder im besten staatsbürgerlichen Geiste zu erziehen. Aberhaupt wird entschieden eine solche im guten Sinne fortschreitende, die Notwendigkeiten des Lebens verstehende Frau auch wieder wohlthätig auf ihr eigenes Gebiet zurückwirken.

Es mag in diesem Zusammenhange nicht unerwähnt bleiben, daß Frauen, die aus Neigung oder Pflicht sich im öffentlichen oder politischen Leben betätigen, hier und da abfällig beurteilt werden. Man wirft ihnen vor, daß sie aus ihrem natürlichen Kreis herausgetreten, daß sie nicht genug weibliche Zurückhaltung üben. Es mag wohl vorkommen, daß von einzelnen Gliedern des weiblichen Geschlechts Mißgriffe erfolgen, denn es wird manches, was beim Manne entschuldigt wird, bei der Frau für unfähig gehalten. Aber das hat doch mit dem Kern der Sache wenig zu tun. Hier handelt es sich einfach darum, daß auch die Frau, eben in den Grenzen ihres Geschlechts, das Recht und die Pflicht hat, sich nicht nur als Glied der Familie, sondern auch des Staates zu fühlen. Das tut der Weiblichkeit durchaus keinen Abbruch, sondern hebt sie nur. Die persönliche Neigung wird dabei noch immer ein gewichtiges Wort mitsprechen. Wir verstehen die Schüchternheit, das in engeren Grenzen sich bewegende Denken und Fühlen der Frau Hedwig in Wilhelm Tell; aber wir schätzen daneben auch den weiten staatsbürgerlichen Blick der Frau Gertrud Stauffacher, und recht verstanden, billigen wir es, wenn Schleiermacher in seinem „Katechismus der Berufswelt für alle Frauen“ das zehnte Gebot formuliert: „Daß dich gelüsten nach der Männer Weisheit, Bildung, Kunst und Ehre!“

Den Garten deiner Jugend mußt du hüten

Den Garten deiner Jugend mußt du hüten,
Die frommen Wege und die stillen Beete,
Daß nicht ein fremder Fuß sie rauh betrete,
Nicht eine Hand zerpfücke seine Blüten!

Es harren viele, die durch seine Pforte
Mit welchem Wort und alter Weisheit wollen,
Um deinen Feuerblumen hart zu grollen!
Halt' dir sie fern von diesem heiligen Orte!

Laß nur die Guten ein, die heiter kommen,
Und die sich dankvoll und mit hellen Blicken
Am Rosenparpur immer neu entzünden:
Sie geben Schönheit, wo sie genommen!

Den Garten deiner Jugend mußt du lieben,
Wie deiner Heimat treue Muttererde —
Auf daß dir einst noch Frucht und Freude werde,
Wenn du am späten Tag allein geblieben.

Max Kayser.

Die selbständige Frau

Vor kurzem trat eine Notiz durch die Presse, wonach festgestellt sei, daß in Amerika ein Viertel der Ehemänner verhungern müßte, wenn — die Konjunkturfabriken ihre Tätigkeit einstellen; die berufstätige amerikanische Frau wäre im Stande völlig auszubilden und beschönigte sich bei der Herstellung der Wahlzeiten auf die Verantwortung von Konjunktoren in jeder Form.

Wie weit die Werbung den Tatsachen entspricht, läßt sich in Deutschland schwer nachprüfen; offenbar sollte aber geübt werden, wie das Erwerbsehen die Frau von ihrem Hausfrauenberuf abhält. Man stellt es ja auch bei uns nicht an Stimmen, die da meinen, die Frau müßte ebenso wie der Mann einem Beruf außerhalb der Hauslichkeit nachgehen; sie müßte sich durch ihren Verdienst wirtschaftlich unabhängig vom Manne machen, um diesem gegenüber ihre Selbständigkeit zu behaupten. Es sei einer Frau unwürdig, sagt man weiter, vom Manne Geld für die Wirtschaft, die Kleidung, für Essen und Trinken, Unterhaltung und Bildung zu verlangen und dieses Verlangen oft genug in die Form von Bitten kleiden zu müssen. Im Zeitalter der politischen und gewerkschaftlichen Selbständigkeit müßte sich die Frau auch wirtschaftlich — vom Manne — trennen!

Es soll ja Ehemänner geben, die den Damen fest, recht fest sogar an dem Geldebeutel haben. Bei denen müßte es die Ehefrauen manchmal schwer haben, das zum Haushalt nötige Geld locker zu machen. Ja, man hat schon von Mannern gehört, die ihre Frau jeden Tag nach dem Wirtschaftsgeld kommen lassen. Daß das nicht mit Anstandsfragen verbunden ist, soll gern zugestanden werden. Allerdings ist dabei aber auf der andern Seite zu untersuchen, ob die auf diese Weise hartgehaltenen Frauen dem Manne durch lässige Wirtschaftsführung nicht Veranlassung gegeben haben, sie „auf Tagesgelder“ zu setzen. Ist der Mann es aber lediglich um seine „Annehmlichkeiten“ zu betreiben oder anzuschaulich, um, so dürften alle Erwerbigen in ihrem Urteil einer Meinung sein. In solcher Lage ist dann das Fortleben der Frau wirtschaftlich selbständig zu werden, verhältnismäßig. Wer tut sich auch hier wieder eine neue Frage auf: Ist die Abhängigkeit vom Unterhalter leichter zu ertragen als die Abhängigkeit vom Manne?

Wo die Frau dem Manne keinen Anlaß zu Klagen über ihre Wirtschaftsführung gibt, sollte es der Mann als eine Ehrenpflicht ansehen, seiner Frau Vertrauen bei der Verwaltung der Haushaltskasse entgegenzubringen.

Sicherlich ist der Standpunkt einer nicht zu geringen Anzahl Männer nicht zu verachten, die da meinen, der Frau die Leitung des Haushaltes mit allem Drum und Dran überlassen zu sollen, während sie sich selbst auf das Verdienen beschränken. Eine tüchtige, einsichtige und aufgewachte Frau wird dann nicht eine Belastung, vielmehr das Übertragen einer Vertrauensstellung erfordern, in der sie sich durch ihre Tüchtigkeit zu behaupten habe, wie es der Mann auf seiner Arbeitsstelle auch muß. Verloßt der Mann im Beruf, um, so leidet die ganze Familie darunter; verliert die Frau in ihrem selbständigen wirtschaftlichen Haushalt, dürfte ungefähr das gleiche eintreten. Wer beide ist es also gleich wichtig, in ihrem Berufe tüchtig zu sein. Die eben erwähnte Art der ehelichen Arbeitsteilung bedeutet schließlich auch nicht mehr als eine gegenseitige Entlastung, von der alle Familienmitglieder ihr Vorteile haben.

Sicherlich werden viele Frauen infolge ganztägiger oder teilweiser Erwerbstätigkeit des Mannes aber bei dessen zu geringen Verdiensten gezwungen sein, mütterlichen. Hier wird dann aber

der Umstand der „wirtschaftlichen Verelbständigung“ der Frau ausgeglichen. Auf jeden Fall aber wird unter der Erwerbstätigkeit der Frau der Haushalt leiden. Die Arbeiten zu Hause können ganz einfach nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt ausgeführt werden, vieles wird liegen bleiben und wo sonst ein Voch gestopft wurde, wird jetzt ein neues Stück angehaftet. Bei der „zwangswisehen“ Beschäftigung müssen diese Unannehmlichkeiten eben in Kauf genommen werden, sofern nicht der Mann in seiner unfreiwilligen Ruhe im Haushalt dort ansetzen kann, wo die geübte Hand der Hausfrau fehlt. Wo aber die Frau lediglich aus dem Drange heraus, „wirtschaftlich selbständig“ zu werden, den Haushalt in der geschuldeten Weise nachlässig, handelt sie leichtfertig — um nicht zu sagen unverantwortlich — an dem gemeinsam zusammengetragenen ehelichen Gut. Dabei soll in diesem Zusammenhang gar nicht unterlucht werden, wieviel die erwerbstätige Frau an ihren Kindern verliert.

Der Zug der Zeit soll ja wohl dahin gehen, die Frau immer mehr in den Produktionsprozeß einzureihen. Soweit sich das auf die Frau als Ehegattin und Mutter bezieht und soweit das im kapitalistischen Zeitalter der Fall ist, haben wir denn doch, sollte man meinen, alle Veranlassung, recht mißtrauisch und kritisch zu sein. Nicht selten ist die Frau bewußt und unbewußt zum Lohnbrüder geworden, nicht selten hat die mitarbeitende Frau aber auch den Mann an der vollen Ausübung seiner gewerkschaftlichen Pflichten gehindert. Sei es, daß sie ihn hinderte, sich überhaupt gewerkschaftlich zu organisieren, sei es, daß er mit dem Verdienst seiner Frau im Rücken sich mit einem geringeren Lohn begnügte.

Oberster Grundsatz des arbeitenden Mannes sollte sein, unter Mithilfe seiner gewerkschaftlichen Organisation für so hohe Löhne zu kämpfen, daß er mit seinem Verdienst allein seinen Hausstand und seine Familie unterhalten kann. Wenn ihm seine Frau bei der Erreichung dieses Zieles tüchtige Mitgehilfin ist, haben Mann, Frau und Familie mehr gewonnen, als wenn die Frau nach amerikanischem Vorbild ihre Zuflucht zu Konjunktoren nimmt.

M. S.

Familie Ohms erste Autofahrt

Mit meinem Jugendfreund Karl Ohm bin ich so manches Jahr denselben Weg gegangen. Schon als junge Burichen arbeiteten wir auf demselben Schiffswerft, standen im Lohnkampf und zogen oft gemeinsam auf Streikposten. Und als wir in der Nachkriegszeit mehrmals monatelang arbeitslos waren und stemplein gingen, wanderten wir meistens miteinander zum Arbeitsamt. Wir waren in dem abgelegenen Vorstadtwinkel, wo wir aufwuchsen, geblieben, als wir eine Familie gegründet hatten, weil es von hier aus nicht weit ist zu den beiden am weitesten stromaufwärts liegenden Werften, an deren Hammerstraße und Seelweir wir uns schon als Kinder gewöhnt hatten. Weil wir immer Seite an Seite unsere Lebenswege zogen, kannte einer den andern innen und außen.

Nicht lange nach dem Ende des Krieges sah ich eines Abends bei den alten Ohms in der Stube. Es war großer Familientag. Karls Bekehrung stand unmittelbar bevor. Die vielen kleinen Einzelheiten wurden besprochen. Ich sollte als Zeuge mit zum Standesamt. „Aber zu Fuß gehe ich nicht. Wir können an diesem Tage auch mal im Auto fahren!“ sagte plötzlich Karl ganz nettes Bräutigam etwas trüblich. „Reinetwegen!“ brummete nach einigem Überlegen der Bräutigam. Er gab sonst nichts auf Aufmerksamkeiten. Zu dieser Zeit aber war er seiner Zukunftsigen sehr zu Willen, was daraus erhellt, daß er schon einige Monate vorher einen Kinderwagen hatte kaufen und dem Betrieb übergeben mußte.

Was ging den gerühmten Gang. Nur aus der Autofahrt wurde infolge irgend eines Mißverständnisses nichts. Darob war die Braut erst recht niedergeschlagen, weil ihre Freundin Hebe Schmidt nun doch etwas voraus hatte. Als Karl aber versprach, im kommenden Sommer mit Kind und Kegel eine Autofahrt ins Grüne zu bewilligen, gab sie sich lachend zufrieden. Aber auch diese Fahrt kam nicht zustande. Karl hatte ein paar Wochen Verbiensausfall durch eine Handverletzung. Dann fehlte es, wie in jeder jungen Ehe, hier und da am Kleingeld. Im nächsten Frühjahr gab es frischen Familienzuwachs. Spöttisch und mit einem vielgeliebten Seitenblick auf ihren Mann erwähnte Frieda hin und wieder die verspätete Autofahrt. Besonders gerne während der Sonntagspausentage, wenn sie den Kinderwagen schob. Nach einer solchen Anspielung lächelte Karl sofort ab.

Ja, und dann! Welche Arbeiterfamilie konnte noch an Autofahrten denken, als die Papiergeldflut über Deutschland dahinbrannte? Als die Flut verebbt war, standen die Werftarbeiter ein Vierteljahr lang im Kampf, um sich der völligen Verelendung zu erwehren. Wie alle Werftarbeiterfamilien, mußten die jungen Ohms ebenfalls froh sein, wenn sie etwas in der Suppenküche hatten. Jeder an der Wasserkanne weiß, daß es damals eine schlimme Zeit für die Werftarbeiter war. An Vergnügungsfahrten konnte keiner denken, besonders die nicht, die eine größere Familie hatten. Doch Karl hatte das seiner Frau einst Versprochen nicht vergessen. Einmal, auf dem Nachhausewege, kam er ganz unvernünftig auf die nie zustandegekommene Autofahrt zu sprechen. „Weißt Du?“ meinte er, „ich mache Frieda doch noch den Spaß. So ganz unüberhofft geht es eines schönen Sonntags mal los.“ — „Na, na!“ warf ich zweiseitig dazwischen.

Einige Zeit später fing mein Gefährte zu kränkeln an. Ein schweres Nierenleiden emiedelte sich bei ihm. Jahre vergingen zwischen Güssen und Bängen. Zuletzt konnte er das Krankenlager nicht mehr verlassen. Als sein Zustand kritisch wurde, ordnete der Arzt als letztes eine Operation im Krankenhaus an.

An einem hellen Frühlingstage hielt ein städtisches Krankenauto vor Karls Wohnung. Die Sanitäter betteten den Kranken auf ihre Trage und brachten ihn zum Wagen. Karls durch Sorge und jahrelange Kopfverhärtete Frau wurde vor Schmerz und Verzweiflung so geschüttelt, daß sie ungesunden drohte. Einer der Krankenwärter legte sie wie ein hilfloses Kind zu dem Kranken in den Wagen. Auch die älteste Tochter stieg mit ein. Ich stand, die Wagentür in der Hand, um meinem Kameraden noch einmal ins Gesicht zu sehen. Ein leichter Windstoß trug das Dämmerröterchen von der nahen Werft herüber. Ich empfand es wie höhnisches Lachen. Doch Karl drehte den Kopf ein wenig und sah mit großen Augen ins Leere, als ob er andächtig lauschte. Der Sanitäter schloß die Tür. Der Wagen setzte sich langsam in Bewegung.

So machte die Familie Ohm ihre erste Autofahrt. Die zweite machte Karl fünf Tage später allein — zur Friedhofstapelle.

G u s t a v K a h l b a u m

Freund in der Not

Die Konsumgenossenschaften sind heute so stark, daß sie ohne Schaden für das Geschäft auch etwas für ihre erwerbslosen Mitglieder tun können. So zahlte der Konsumverein Vorwärts in Dresden im Dezember an erwerbslose Mitglieder je nach Umloß 5 bis 20 A. Es erhielten 2265 Erwerbslose 42364 A. 236 Kurzarbeiter 2520 A. 843 Kranke 11818 A. und 2656 Sozialrentner 27489 A. insgesamt also 84021 A. Die zahlreich eingegangenen Dankbriefe zeigten der Verwaltung, wie willkommen diese Hilfeleistung allen berücksichtigten Mitgliedern gekommen war.

Es ist die ganz Moderne, ganz Vermännlichte, rauft sich ihren Knabenstüchlein. Man ist nur wütend, als was ich dies Jahr auf den Westwall gehen soll!

Sagt Egon, der Gatte: „Wie wärs, wenn du dich mal als Dame verkleiden würdest?“

Der ewige Wanderer

In fernste Länder trieb mich Sehnsucht,
gewaltig schlug das Herz der Fremde zu,
war jahrelang vor meiner Urnh auf der Flucht
und fand nicht Heimat, fand nicht Ruh.

Diesfarbige Meere trugen mich auf ihrem Rücken
und in den Zügen aller Kontinente sang das Blut;
der Savannen, Wästen und Eisfelder Täden
tobten und brannten mir in Schmerz und Gut.

Millionsstädte überschatteten die Träume
und an den Tischen aller Rassen saß ich als Gast;
aber je fern und fremder ich dehnte die Räume
— nirgendwo blühte dem Herzen erkohnte Rast.

Und je gewaltiger sich spannte der Bogen der Ferno —
von Alaska über Europa zum Chinesischen Meer —
überall brannten die alten Sterne
und immer lastete der Ahnen Fluch schwer.

Gefangen und gemartert tobte die Kreatur
und fand nicht Ausweg, wußte nicht Ziel;
Jahrzehnte entstellten, eine furchtliche Spur,
und das Leben blieb sinnlos in Arbeit und Spiel.

Kurt Offenburg

Der Hauptaktionär des Lohntages

Da steht er in seiner weitgeöffneten Türe und lacht breit und gemütlich zu euch herüber. Lohnntag — König für eine Stunde! Wer ist in dieser Stunde nicht ein großer Mann? Die ganze Welt hat ein anderes Gesicht aufgelegt. Man ist selbst ein anderer, ein ganz anderer als gestern, als sechs Tage hindurch. Einer, der Geld in der Tasche hat! Einer, in dessen Belieben es steht, Geld auszugeben. Und man ist nicht allein ein großer Mann. Alle, alle, die aus der "Bude" strömen, gehen heute großartig an dem hohen Herrn Portier vorbei und fühlen sich ihm überlegen. Er steht zwar wie immer wie ein zweiter Napoleon in strenger Poje mit Feldherrnblick vor seinem Häuschen, aus dem er Tag für Tag ein paar Minuten vor Betriebschluss tritt. Nicht um die Welt würde er sich entgehen lassen, diesen Augenblick auszublocken, gemacht, herrlich, selbstbewußt dazustehen, ausgeruh! Ein Stück Weltlichkeit und die müden, gebeugten Rücken an sich vorüberwandern zu sehen. Kritik zu beobachten, wie ein jeder seine Marke anhängt — er, der Herr Portier, der große Mann. Jeder Fabrikportier ist es. Aber heute, heute steht es feiner, feiner nimmt Argentin an ihm. Keinem jüdischen in den Fingern. Für alle hat heute das Leben ein freundliches Gesicht. Man guckt den Nachbarn von der Seite an. Gestern ist man einander gegenüber und hat aufeinander eingedrückt, daß die Bude gewackelt hat. Weil — weil — Herrgott, wegen solch einer Wichtigkeit! Er war genau so verblissen, so wütend wie man selbst.

Wamisches Ekel du, denkst man und wirft ihm einen scheuen Blick zu. Schau einer an! Heute ist er gar nicht kraackulstig, gar nicht erbittert? Bereuen, verzöhnungsbereit wie der eigene Bild ist der des getriggen Gegners. Du dumme, du dumme! Da haben sich jetzt gute Kollegen nun verstanden, nein, nicht die Kollegen, der leere Geldbeutel hat sich gestritten. Dem einen hats der ganzen Tag in den Ohren geklungen, daß Mutter endlos geklagt hat, sie konnte nicht auskommen, der andere hat Stunde um Stunde im Takt der hammerhämmerigen Zahlen schwitzen hören. Der Sohn ist arbeitslos geworden, die Tochter krank. Himmel noch einmal. Einmal würden sie wieder verdienen. Jergendwie würde sich ja Mutter wieder durchschlagen. Sie hats doch noch immer fertiggebracht!

Ja, was ist da zu machen? Dumme, sehr dumme das Ganze. Jeder möchte gern wieder gut sein, jeder dem andern was freundliches erweisen. Drüben lacht das breite Vollmondsgesicht des Wirtes. Und da sagt schon der eine: „Komm, wir wollen einen trinken.“ Das ist ein Wort zur rechten Zeit. Am rechten Ort. Denn jeder wohnt an einem anderen Stabende und viel zu weit auseinander, um sich noch einmal zu treffen. Und wenn man erst sein spätes Mittagessen in sich hat, meldet sich auch die Müdigkeit und man will keine Ruhe haben. So — jetzt gehts gleich in einem hin. Nur ein Glas — nur zur Verzöhnung. Und — drin sind sie!

Der andere kann sich doch nicht lumpen lassen! Er muß sich doch reponchieren. Anders wäre es gegen seine Ehre. Und neben den beiden stehen die andern. Alle gut gelaunt, alle große Männer, alle mit dem brüderlichen Bedürfnis, ein paar Minuten noch als gute Kollegen beisammenzubleiben und ein Glas miteinander zu trinken.

Alle wollen dem und dem noch was Gutes antun, alle spendieren, geben eine Runde. Da ist keiner, der sich lumpen lassen will. Und auf einmal ist aus dem einen Glas, das man im Stehen trinken wollte, ein gutbesetzter Tisch geworden, an dem sie alle sitzen und den Arger der ganzen Woche hinunterhüllen.

Es ist so verständlich, so begrifflich und naheliegend! Und eben darum um so beängstigt. Zum Bier kommt ein Schnaps oder die neue Erfindung, ein Koks. Ein mit Rum getränktes Stückchen Zucker. Dann wird ausgetrübelt oder -gegossen — manche gehen nur, andere bleiben sitzen. Immer toller wird die Welt, immer mehr fühlt man sich als vertauselter Kerl und hums — einer bleibt mit der ganzen Partie hängen und hat sich so restlos amüsiert, daß er sich die manigfaltigen Bemühungen zum Heimfahren borger muß. Dafür hat er nun die ganze Woche durch schwer gearbeitet. Dafür ist er um fünf Uhr aufgestanden. Dafür hat er den Tag nur durch die Scheiben der Werkstatt schimmern sehen und ist erst im Dunkeln müde und abgeplagt heimgekommen. Und das gute, dicke Vollmondsgesicht an der Thele leuchtet. Ein so umgänglicher Mann, der Wirt. Ein feiner Kerl, der nicht mit der Wimper zuckt, wenn man antreiben läßt. Sie läßt ihm ja so sicher. Keine Schulden bezahlen sie so bestimmt, so rasch wie die Wirtschaftschulden. Und wenn sie bezahlt sind, muß man doch dem Mann auch was verdienen lassen.

Nirgendwo gibt es so viele Wirtschaftler, als dicht um die großen Betriebe herum. Und alle gedeihen, alle sind humsvoll und ihre Besitzer sind wohlgenährt und gut gelaunt, wie es sich für richtige Aktionäre wohl so gehören wird. Sie haben tophische Aktien. Woche um Woche schneiden sie ihren Kupons ab. Ach Gott, nicht einmal das! Woche um Woche bringt ihnen der ganze Betrieb in geradem Galopp ihren Anteil.

Sucht die gute Laune eine Gelegenheit, muß der große Mann sich zeigen. Ach, es ist so menschlich, so fürchterlich verlockend, so herberbüch.

Niemand mißgunnt einem Mann, der acht Stunden gearbeitet hat, sein Glas Bier, seinen Koks. Niemand wird darum moralisieren. Jeder wie er's meint. Wenn einer findet, daß der Herr Rittersgutsbesitzer, der sorgengeplagte Agrarier, doch für seine Gerste Absatz finden muß, wenn er meint, daß die Brauerei im nächsten Jahr doch durchaus ihren Aktionären noch höhere Dividenden auswerfen muß, weil sie sonst am Ende verhungern könnten, wenn er glaubt, der Wirt müsse doch auch leben und sich brüderlich besorgt verpflichtet fühlen, dies Leben von seinem sauer verdienten Lohn zu sichern, läßt er. Man soll niemand in seiner Überzeugung stören.

Sieht an fünf Arbeitstagen auf euern Sprung hinüber, aber geht nicht am Lohnntag. An den andern Tagen würde nicht zu schlimm werden. Da seid ihr ja keine großen Leute.

Und — trinkt jeder nur aus der eigenen Tasche. Spendiertes Bier ist ausgelegtes Geld. Spendiertes Schnaps will und muß wieder spendieren. Und wenn so zehn, fünfzehn Mann gemütlich, entspannt beisammen sitzen und einander freizahlen, dann weiß am Ende jeder, was er intas hat und — was er bezahlt hat.

Auf seine eigene Kapsel hätte wohl keiner von ihnen zehn bis fünfzehn Glas Bier getrunken, bestimmt nicht. Aber über die hübsche

Ausrede vor sich selbst vom Spendieren und Reparieren weg trübelt jeder so sanft und sicher in seinen Lohntagschloß hinein, wie jüdel-mal zwei vier ist. Keiner rechnet nach, daß es nun eigentlich genau so herauskommt, als habe er sich allein fünfzehn Glas bestellt. Soviel Wänter, soviel Runden und an jedem bleibt eine hängen. Jeder hat eine zu bezahlen.

Wenn es interessiert, der jede sich an einem Lohnntag einmal selbst und notiere sich, was so Kollege um Kollege zu bezahlen hat. Wieviel schwere Arbeit geleistet worden ist, um den Aktionär mit dem Wieder-mannsgesicht und der blauen Schürze zu seinem Geld kommen zu lassen. Um dem Herrn Brauereidirektor vor seinen Aktionären als fixen Geschäftsmann zu erweisen. Um dem Herrn Rittersgutsbesitzer die Sorgen zu erleichtern. Um dem Herrn Hopfenhändler ein feines Leben zu ermöglichen.

Und der gute, dumme Kerl, der es bezahlt, steht am Wege, schluß den Staub ihrer Autos und macht einen langen Hals und schneidliche Augen, wenn sie so an ihm vorbeiraufen und sich in den weichen Polstern mit hochmütigen Gesichtern dehnen.

Wenn man es euch doch ins Gehirn hämmern könnte! Trinkt nicht am Lohnntag, ihr habt die ganze übrige Woche dazu. Fünf Tage! Geht nicht in die Kneipen, solange die volle Lohnkute in der Tasche brennt. Trinkt für euer eigenes Geld.

Es ist nicht unlogisch, es ist nur verständlich. Geht an diesem einen Wochentag nach Hause, ohne miteinander eingekauft zu sein! Macht euch der Wirt noch so bequem, noch so verlockend machen. Mögen die vollen Schüsseln mit Bulkten, mit Eisbein, mit Würstchen und Rauchspeck noch so herüberladen. Sie warten auf euch! Bistest schon tagelang. Ein bißchen verräuchert schmecken sie wohl. Aber das merkt ihr nicht. Denn ihr trinkt! Schmeckt, ehe ihr eßt.

Ein paar Tage lang hat die ganze Kneipe darüber hin geraucht und gehustet. Euch stört's nicht. Würdet ihr das daheim antworten? Wenn sich in jedem Betrieb ein verständiger Mensch offen würde — denn es würde ihm keinen schlechten Groll eintragen — und am Lohnntag eure Ausgaben notieren!

Euch, wenn ihr am andern Tag voll Neure und Ärger, verlastet und mit wütendem Kopf wieder zur Arbeit trachtet, wieder Stunde um Stunde in die Ewigkeit verdrängen lassen müßt, ohne in ihr eine helle Minute genießen zu haben, euch die Prozente vorrechnen würde, die eure Aktionäre eingenommen haben. Ich kann mir vorstellen, daß sich der Mann, der das tun würde, sehr unbeliebt machen würde. Aber vielleicht würde es doch dem einen oder andern den Rücken steifen und er würde am nächsten Lohnntag als großer Mann stolz an dem vollen Vollmond vorbeispietern.

Ihr seid doch Proletariat — eure Frauen arbeiten mit! Was würdet ihr sagen, wenn sie von ihrem Lohn so viel hinauswerfen wollten, vernachlässigen, verlernen, Land kaufen, wie ihr dem Wirt gebt?

Ihr müchtet da nicht Mäuschchen sein, wenn ihr aufbegehrt. Ihr wüßt so sehr auf euer Selbstbestimmungsrecht, habt euch jedes Schrittlings dazu so schwer, so unangbar hart erkämpft. Mügt es auch gegen den Mann an der Dele. Geht ihm mal den schmerzlichen Hammer in die weichen Hände, die den Hahn so fix umdrehen können. Laßt ihn mal den Rücken beugen, Stunde um Stunde. Verlangt, daß er am Schraubstock, an der Feilbank seinen Mann steht! Er wird sich beherschen! Er ist viel zu verblissen, das zu können. Er hats doch so viel besser. Und ihr bezahlt das. Meist Herren eurer selbst am Lohnntag.

S. Lorenz

Berufsberatung und Gesundheit

Die beginnende Erwerbsarbeit ist für Befen und Gesundheit des Jugendlichen von wesentlicher Bedeutung. Mit Ausnahme des ersten Lebensjahres ist die durchschnittliche Sterblichkeit in den Lebensjahren zwischen 15 bis 25 Jahren höher als in den vorausgegangenen 14 Jahren. Das trifft namentlich für das wirtschaftliche Geschlecht zu, welches erst in den letzten Jahrzehnten der gewöhnlichen Arbeit in größerem Umfang sich widmet. Der Einfluß des Berufs auf den jugendlichen, noch in der Entwicklung begriffenen Körper ist außerordentlich groß. Man kann sich einen Begriff von der Einwirkung der Berufsarbeit auf den Jugendlichen machen, wenn man bedenkt, daß in dem Alter zwischen 15 bis 17 Jahren zum Beispiel das Luffassungsvermögen der Lunge um 60 bis 65 % zunimmt und das Herz um das Doppelte größer wird. Die Grundlage der ganzen Berufsberatung muß deshalb bereits in der Schule beginnen. Dort sollen Lehrer und Schularzt die Leistungen des Kindes beobachten. Die günstigsten Voraussetzungen werden geschaffen bei Durchführung des Arbeitsschulgedankens in der Schule, das heißt, Erziehung durch Arbeit zur Arbeit.

Bei der Berufswahl spielt häufig die Erblichkeit im Beruf eine Rolle. Der Berufsberater folgt in seiner Wahl dem Elternteil oder der Familie, welcher er körperlich ähnlich ist. Dazu kommt die körperliche und seelische Eigenart des Berufswählers, welche bei der Beratung ebenfalls zu berücksichtigen ist. Ein Teil der ärztlichen Berufsberatung besteht zwar darin, von solchen Berufen abzuraten, denen der Untersuchte körperlich nicht gewachsen ist — dieser Teil der Berufsberatung ist also negativ —, ein anderer Teil der ärztlichen Berufsberatung — der positive — soll aber entscheidend neben Eltern und Lehrperson in der Berufsberatung eingreifen unter Berücksichtigung von Seele, Temperament und Charakter des Berufswählers. Es ist zu erfordern, aus welchem Grunde der angebotene bevorzugte Beruf ergriffen wird und welchen Interessen der Berufswähler außerhalb der Schule sich widmet. Für die industriellen Unternehmungen spielt besonders die psychotechnische Prüfung des Berufswählers eine maßgebende Rolle. Die Leistungsfähigkeit und die Geschäftsbildigkeit in der geistigen Verarbeitung wird durch bestimmte Untersuchungsverfahren festgestellt, so daß ein Bild von der Veranlagung des Bewerbers für einen bestimmten industriellen Berufszweig entsteht. Ein Schmelzer muß zum Beispiel große körperliche Widerstandsfähigkeit besitzen und außerdem ein feines Empfinden für Farben und Helligkeitsabstufungen. Für den Kreis der Personen, welche im Verkehrsleben beruflich tätig sind, wird besonders geprüft: die Aufmerksamkeit, die Ablenkbarkeit, das Zusammenarbeiten von Auge und Hand, die Wahl- und Entschlußfähigkeit, die Sprechfähigkeit sowie das technische Verständnis und die technische Begabung. Gerade für diese Art von Personen, welche Menschenleben in der Hand haben, ist die Berufseignungsprüfung außerordentlich wichtig.

Bei der ärztlichen Berufsberatung für alle Zweige der Elektrotechnik hat es sich als notwendig erwiesen, geschwächte, blutarme und nervöse Menschen diesen Berufen fernzuhalten, weil sie durch einen elektrischen Unfall nachfolgender Gefahr werden als tätige und gesunde, also die notwendige Berufseignung nicht besitzen. Ebenso schweben die Personen, die an Nierenentzündung, Arterienverkalkung und Herz leiden, bei einem elektrischen Unfall in erhöhter Gefahr, weil der Funkenstoß der elektrischen Kraft im Gefäß- und Nervensystem in Wirkung tritt. Das gleiche gilt für Leute, bei welchen die unter dem Brustbein liegende Thymusdrüse und die Lymphdrüsen überhand abnorm stark entwickelt sind (Stasus thymolympathicus). Ebenso ist es vorteilhaft, die Empfänglichkeit gegenüber Gewerkschaften festzustellen und zu wissen, ob zum Beispiel ein Prüfling "Wettbewerbsfähigkeit" besitzt oder besonders empfindlich gegen Einwirkung von Blei ist, so daß alle Berufe gemieden werden müssen, in welchen Blei gewerblich verwendet wird.

Die Voraussetzungen der Berufseignung erfolgt zwar in gewissem Umfange schon bei der Berufsberatung. Es ist aber erforderlich, daß die Berufseignung in den ersten Jahren nach Eintritt in den Beruf sorgfältig nachgeprüft wird. Aus diesem Grunde ist die wiederkehrende Untersuchung anwachsenden Gesundheit notwendig. Der scheinbare Beginn der Tuberkulose zum Beispiel macht regelmäßige Gesundheitskontrollen erforderlich. Die engsichtige Gesehung läßt den an Staubkrankheiten der Lunge leidenden Arbeitern eine besondere Fürsorge angedeihen und ordnet genaue Untersuchung jedes Arbeiters innerhalb drei Monaten nach Aufnahme der Arbeit an zur Feststellung, ob der Arbeiter an Staubkrankheit oder einer durch Tuberkulose komplizierten Staubkrankheit leidet. Ist durch Weiterbeschäftigung eines erkrankten Arbeiters seine Gesundheit besonders gefährdet, so muß der Betreffende von der

Arbeit im staubbildenden Betriebe entbunden werden. In Amerika werden durch spezialistisch geschulte Ärzte oder in mit allen modernen Mitteln ausgestatteten Spezialinstituten zum Beispiel Whipp's Institut in Philadelphia die Arbeiter auf Störungen der Nierenfunktion und ähnliche Brustformen untersucht. Solche Arbeiter werden in staubbildenden Betrieben nicht zugelassen. Dadurch werden den Arbeitgebern erhebliche Verluste erspart, weil die Fernhaltung der zur Krankheit Veranlagten günstiger ist als ein vorzeitiges Ausschreiben gelernter Arbeiter. Bei der Berufsberatung muß unbedingt berücksichtigt werden, wo der Betreffende seine berufliche Ausbildung erhalten soll. Die Berufsberatung muß persönlich ein-gestellt sein.

Die zunehmende Industrialisierung und Mechanisierung hat zur Zusammenziehung der kleinen Einzelbetriebe und zur Bildung großer Fabriken geführt. Das heranwachsende Kind hat nicht mehr wie früher Gelegenheit, die verschiedenen Berufsausbildungen durch eigene Anschauung kennenzulernen. Dazu ist noch eine Spezialisierung in den einzelnen Berufen gekommen, welche nach Namen und Art häufig nicht einmal allgemein bekannt ist. Diese Entwicklung hat eine Auslese unter den Berufswählern notwendig gemacht. Wenn die Berufsberatung im Zusammenwirken gut vorgebildeter wirtschaftlicher Berufsberater mit dem hauptamtlichen, berufsbildenden Facharzt und dem Psychotechniker trefflicheren Rat gibt, welcher den Beratern für sein Leben in dem in jeder Hinsicht für ihn passenden Beruf oder Arbeitszweig sicherstellt, dann wird die Beteiligung der Bevölkerung an der Berufsberatung ohne gesellschaftlichen Zwang fast vollständig sein, denn die Fragen der Berufsberatung und Berufsberatung sind ein wichtiges Glied im Komplex für die Volksgesundheit.

Dr. med. Mag. Grünwald

Der Traum des Balduin Bock

Balduin Bock hatte einen dicken Bauch und keinen Hals, wofür einen kugelrunden Kopf, dem sämtliche Haare fehlten. Balduin Bock besaß eine Margarinefabrik und in dieser schufteten tagaus, tagein über dreihundert menschliche Arbeitskräfte. Balduin Bock war stets guter Laune, denn seine Arbeiter hielten immer hübsch den Schnabel, murrien nicht über den Hungerlohn, und sie sollten das auch nicht einmal wagen, auf die Strafe würde er sie werfen, das konnte er mit Leichtigkeit tun, denn sie waren zu genau hundert Prozent in keinem Verband organisiert. Aber nicht deshalb nur lag stetig ein Zug guter Laune über seinem feisten Wundgesicht, sondern auch weil er wußte, daß seine Margarine von der arbeitenden Bevölkerung gefressen werden mußte.

Aus diesen beiden Ursachen wurde sein Bauch immer dicker und sein Unternehmen wuchs immer mehr...

Balduin Bock lag in seinem Bette, das immer kragte, sobald er hineinkam, und wachte sich von der einen Seite auf die andere, suchte mit den Armen in der Luft herum, zog bald das eine Bein an, bald das andere und war in Schweiß gebadet wie eine ins Wasser gefallene Maus, so naß war er.

Es war ein entsetzlicher, furchibar Traum, der ihn quälte und nicht schlafen ließ den Schlaf eines Zufriedenen.

Vor seinem inneren Auge sah er, wie seine Arbeiter mitten in der Arbeitszeit alles stehen und liegen ließen und hinaus in die Straßen strömten. Und aus den anderen Straßen und Gassen kamen die Arbeiter aus den anderen Betrieben: Metallarbeiter in blauen Kutten, ruhgeschwätzte Heizer, nach Holz duftende Zimmerleute, Arbeiter aus den großen Schuhfabriken und auch die Bäcker, die Stein-arbeiter und alle, alle Arbeiter aus allen Berufen strömten zusammen. Streif! Streif!

Und all die hunderte, tausende, zehntausende, abertausende Arbeiter trampelten über Balduins dicken Bauch mit ihren schweren Stiefeln. Mit einem Male war das Ganze verschwunden, dafür sah Balduin eine lange, knöcherne Hand, die sich nach seinem Gebilde ausstreckte. Und die Hand konnte sprechen: „Gib es von deinem Brott! Wir sind zu genau hundert Prozent organisiert.“

Balduin Bock war machtlos.

„Schupp! Papo! Sipo!“ brüllte er plötzlich laut, daß seine Ehe-hälfte erschreckt aus dem Schlafe fuhr.

Auch Balduin erwachte. Er rieb sich die Augen, merkte, daß er schrecklich geträumt hat und freute sich, daß es nicht in Wirklichkeit war. Träume sind Schäume, denkt er noch und schläft den Schlaf eines Zufriedenen.

Aber das Proletariat wach, daß solche Träume in Erfüllung gehen können.

Probefahrt

Die Stadt hatte eine glückliche Erwerbung gefällig, hundert Verkehrsautos sollten neu in Dienst gestellt werden: von einem Ende zum anderen Ende der Stadt — Volk und Volk auszutauschen.

Da standen die neuen Fahrzeuge nun blühend in der Sonne. Das war eine Freude zu sehen! Und die geladenen Stadtväter und die Presseherren drückten im Geiste den Schöpfern dieser Wagen die Hände: den Ingenieuren, den Technikern und den zehntausend Arbeitern, durch deren Geist und Hände diese Autos im Werkprosch gegangen waren. „Volksgenossen, euer Werk ist gut!“

Und in einem halben Duzend der neuen Autos machten die geladenen Repräsentationsgäste eine Probefahrt hin durch den Berg. Die Kirschbäume blühten und um die Sonne her flogen weiße Wölkchen gleich lustig segelnden Tauben. Am Straßenrande krepitierte ein Bettler.

Die Probefahrt ist beendet. Ein Priester weicht nun die hundert Autos ein mit einem lauten Salomon. Jergend jemand blies dazu auf der Mundharmonika — man wußte nicht, von wo diese Musik kam. Aber sie tat ihre Wirkung — die Mundharmonika war die Musik des Volkes.

Und den Oberbürgermeister dieser Stadt hatte die Volksmusik berührt, er sagte solches: „Meine Weibe und meine Probefahrer! Soweit ist alles glücklich verlaufen — damit nun alles auch glücklich erde, schlage ich Ihnen vor, daß wir alle miteinander auf das Festessen im „Hotel Kronprinz“ verzichten und daß statt unser die armen und die ausgehungerten Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt — daß die sich an die Tafel des „Hotel Kronprinz“ setzen, denen tut ein gutes Wohl nötiger als uns.“

Manche Gesichter der Hörenden wurden lang, manche spöttisch, aber manches Antlitz rötete sich aus innerer Freude.

Und die Getränke, Wein, Bier und Bißre, die für das Weibe und Festmahl der Herren Honoratioren bestimmt waren, die trank man nicht, sondern aus deren Geldwert baute man der Stadt im Proletenquartier einen schönen, sprudelnden Brunnen.

Und wenn an diesem Brunnen die Kinder des Volkes tranken, dann wurde ihr Herz allemal froh und vertrauens: „Die Bäter unserer Stadt sind gütig und uneigennützig!“ Der Wind aber, dieser reißige, lächelnde Geißel, der blies durch den sprudelnden Wasserstrahl hin einen reichen Toast: „Es lebe die Gemeinschaft! Prost Volk!“

Von der Tiefe und Größe des Mit-Leidens

Wo ich entschiedenes Behagen oder die Tendenz, sich ein solches zu bereiten, wahrnehme, werde ich mich mit einem gewissen inneren Grauen ab. So habe ich, ohne Neid zu empfinden, einen instinktiven Haß gegen Reiche empfunden: ich gebe zu, daß auch sie trotz ihres Besitzes nicht glücklich zu nennen sind, aber sie haben die recht erdichtliche Tendenz, es sein zu wollen, und das entfernt mich so von ihnen. Sie halten sich mit raffinierter Absicht vom Reiche, was ihrer möglichen Mitempfindung das Glend zeigen konnte, auf dem all ihr gewünschtes Behagen beruht, und dies Einzige trennt mich um eine ganze Welt von ihnen. Ich habe mich darin beobachtet, daß ich mit sympathisch drängender Gewalt zu jener anderen Seite hingezogen werde, und alles mich erst nur insofern berührt, als es mir Mitgefühl, das ist Mit-Leiden, erweckt. Dieses Mit-Leiden erkenne ich in mir als stärksten Zug meines moralischen Bewusstseins, und vermutlich ist dieser auch der Quell meiner

R. A. R. W. A. R. E.



Verbandsleben



Ortsverwaltungswahl in Remscheid

Im Frühjahr 1924 wurde die Verwaltung Remscheid durch die Kommunisten gespalten. Eine „revolutionäre Organisation“ wurde auf Befehl der KPD aufgezogen. Durch eine Flut von Flugblättern wurde der Öffentlichkeit Remscheids und Umgebung begreiflich zu machen, daß 90 vH aller Metallarbeiter der neuaufgezogenen DWS-Opposition beigetreten seien. Die erste Tat dieses revolutionären Gebildes war, daß man sich an den Arbeitgeberverband wandte und bat, zu Verhandlungen zugezogen zu werden, was der Arbeitgeberverband ablehnte. Es stellte sich heraus, daß Führer der Opposition keine Beiträge bezahlten. Der Vorstand unserer Verbände hat feinerzogen in einer besonderen Schrift die Ungehörlichkeiten der kommunistischen Spaltungsarbeit in Remscheid eingehend aufgezeigt. Nachdem der Vorstand seinen Tisch gemacht hatte, zeigte sich, daß von der vorher fast 18 000 Mitglieder starken Verwaltung nur ein Trümmerhaufen von einigen hundert Mitgliedern übrig geblieben war. Kollege Eichler und die neugewählte Verwaltung mit dem neugewählten Geschäftsführer Volkmann und ein kleiner Kreis treuer Kollegen haben eine Riesensarbeit leisten müssen, um die Trümmer der Mitgliedschaft in Remscheid und in den umliegenden Städten und Ortschaften wieder zu sammeln. Die Führer der Kommunisten in Remscheid erkannten sehr bald, daß sie mit ihrer Neugründung eine fürchterliche Dummheit gemacht hatten, weil sie praktisch nunmehr keinen Einfluß in der remscheidener Arbeiterschaft besaßen, und schon im Herbst 1924 wurde von der KPD versucht, ihre Leute im DWS unterzubringen. Insbesondere ging ihr Kampf dahin, die Ortsverwaltung wieder in ihren Besitz zu bekommen. Mit allen Mitteln wurde die Gewerkschaftsarbeit der „Reformisten“ in den Augen der Arbeiterschaft heruntergekehrt. Mit Hilfe des kommunistischen Blattes, der Bergischen Volksstimme, wurden die Ortsverwaltung und die Vertrauensleute maßlos verleumdert. Hierfür eine Stichprobe. Unter der Überschrift: „Bewertung des Klassenbetrugs“ schrieb das kommunistische Blatt am 6. Januar 1927:

„Die Remscheidener Arbeiterschaft, die in der Vergangenheit auf diesem Gebiete schon bittere Erfahrungen gemacht hat, aber auch die Gegenwart bringt immer noch Blüten dieser Art ans Tageslicht, die es verdienen, gelegentlich vor der Arbeiterschaft enthüllt zu werden. Alle Metallarbeiter in Remscheid wissen, daß die Kollegen, die den Reuban in ihre Hände genommen und das Werk neu errichtet haben, also die reformistische Ortsverwaltung unter Führung Volkmanns, bei den letzten Lohnverhandlungen im Frühjahr 1926 die Metallarbeiter in der Urlaubsfrage in maßlos betrugen haben.“

Als ein Lohnschicksalspruch allgemeinverbindlich erklärt war, schrieb das kommunistische Blatt in großen Lettern, daß nunmehr auch jeder unorganisierte Metallarbeiter Recht auf den Tariflohn habe.

Die Aufstrebungen der KPD, sich der Verwaltung zu bemächtigen, steigerten sich bis zur Neuwahl im Jahre 1928 immer mehr, und was sich in den 14 Tagen vor und während der Wahl der Ortsverwaltung in Remscheid zugetragen hat, dürfte wohl einzig dastehen in der Geschichte unseres Verbandes.

Die Bergische Volksstimme brachte etwa 14 Tage vor der Ortsverwaltungswahl ganze Seiten, um die Metallarbeiter gegen die alte Ortsverwaltung aufzupuffen. Am 28. Januar heißt es in dem Blatte:

Metallarbeiter, heranzurück zur Entscheidung! Objektiv gesehen, scheidet also die reformistische Lohnpolitik dem Unternehmertum die ungehörte Ausbeutung der Arbeitermassen betrachten man im Reichsmagazin die Linie der reformistischen Politik, so findet sich auch die Erklärung für das positive Verhalten der arbeitslosen reformistischen Zeitung bei dem schändlichen Schicksalspruch des Reichsarbeitsministers Braunns über die Arbeitszeit in der Ruhr-Region, dem sich die Gewerkschaften häßlich unterwarfen, hat auch den remscheidener Metallarbeiter in den Stahl-, Holz- und Gummiwerken gezeigt, was von solchen Versprechungen zu halten ist.“

Wochenlang wurden die Mitglieder der Bezirke planmäßig durch sogen. Häuser bearbeitet. Die kommunistische Agitation nahm an Umfang und Stärke mit dem heranrückenden Wahltag immer mehr zu. In den letzten Tagen vor der Wahl wurden an den Betrieben und auf den Straßen von der KPD Tausende von Flugblättern verteilt, worin angefordert wird, die Kandidaten zur Ortsverwaltung zu wählen, die die Kommunistische Partei aufgestellt hat. Handzettel in ähnlichem Sinne wurden in die Häuser gebracht. Die roten Frontkämpfer erhielten Befehl, Agitation bei der Mitgliedschaft des DWS Remscheid zu betreiben gegen die alte Ortsverwaltung und für die kommunistische Liste. In gleicher Weise wurden die sogenannten Jungfrontkämpfer vor und am Tage der Verwaltungswahl als Schlepper benutzt. Den kommunistischen Kollegen wurde in der Bergischen Volksstimme vorgeschrieben, wo sie sich am Tage der Wahl zu versammeln hätten. Remscheid selbst war in zwölf besondere Treffpunkte und Bezirke eingeteilt. An die Aufstellung der Treffpunkte schließt das kommunistische Blatt folgende Sätze an:

„Alle Mann wachen an diesen Treffpunkten pünktlich zur Stelle sein. Wer nicht kommt, muß sich verantworten. Die Treffpunkte sind in der Länge genug bei der reichlichen Arbeiterschaft an jedem Tag der Vorbereitung mit den Reformisten gewarnt. Man muß auch der letzte Mann sein.“

Von den vorgeschriebenen Treffpunkten aus zogen die agitativen Kollegen in geordneten Abteilungen, von roten Frontkämpfern in Uniform begleitet, zum Versammlungsort in der Stadthalle. Hier wurde den Anwesenden immer wieder eingeschmeichelt, daß sie nur die kommunistische Liste wählen, Sozialrat und Haus zu wählen haben.

Die Jahresgeneralversammlung war von 1200 Mitgliedern besucht. Als der Kollege Volkmann, der erste Redner war, den Geschäfts- und Lagebericht gab, ließ man das Zwischen- und nachher so lange, wie wollen wählen! Als ein sozialistischer Kollege einen Vorschlag zur Begründung machte, brüllten Hunderte dagegen: „Wählen, wir haben unsere Stimme schon abgegeben und haben drei Stimmen darauf!“ Die Kollegen der Arbeiterpartei wurden beim Betreten der Arbeitstätte mit Forderungen und Sätzen empfangen. Als er mit dem Kollegen Volkmann verhandelt wurde, die Geschäfts- und Lageberichte endlich zu prüfen, erfolgte Schand und Schmach. Das ist alles Quatsch, wir wollen nur Remscheid der Ortsverwaltung.“ Als der Spitzenredner der Opposition, H. B. vom, gefragt wurde, ob er als Vertrauensmitglied der

alten Verwaltung die Art und Weise der Agitation der KPD bede, insbesondere auch das Flugblatt gutheiße, erklärte er, daß er nicht nur das Flugblatt leide, sondern alles als richtig ansehe, was die Kommunistische Partei tue. Daraufhin stürmische Beifallstöße der Opposition. Kollegen, die 15, 20 und mehr Jahre der Organisation angehört und die besonders die Jugendlichen haben, ruhig zu sein und nicht die Versammlung zu stören, mußten sich gefallen lassen, als Lumpen, Schufte und Verräter bezeichnet zu werden. Die Wahl endete damit, daß die Liste der KPD mit Mehrheit gewählt wurde.

Unsere Kollegen im Reich werden aus dem Mitgeteilten ersetzen, welche ungeheure Geistesverwirrung durch die kommunistische Partei in Remscheid angerichtet ist und noch besteht. Die Verbandskollegen mögen selbst urteilen, ob solche Zustände in unserer Organisation weiterbestehen dürfen und ob die Art und Weise der Wahl zur Ortsverwaltung sich mit den Verbandsratsbeschlüssen und Richtlinien unserer Organisation deckt.

Ergebnisse der Verbandsfähigkeit

Bezirk Bayern, Provinzmetallindustrie. Der Streik ist erfolgreich beendet. In der durch Schiedspruch festgesetzten Lohn-erhöhung von 5 % in der Spitze kommt ab Ende September eine weitere Zulage von 2 %. Die Lohnerrhöhung beträgt also insgesamt 7 % in der Spitze. Gültig bis 31. Februar 1929.

Sachsen. Durch Schiedspruch und Annahme desselben durch die Arbeiter erfolgte eine Erhöhung der Löhne um 6 % in der Spitze. Diese Erhöhung gilt auch für die Akkordearbeiter. Die Akkorde sind entsprechend nachzulafieren. Gültig bis 31. März 1929.

Bezirk Hannover. Für die Handwerker der Zementindustrie erfolgte eine Erhöhung der Spitzenlöhne um 7,5 %. Der Höchstlohn für Handwerker beträgt 66,5 %.

Bezirk Hamburg, Werftbetriebe. Für die Werftarbeiter erfolgte durch die Verbindlichkeitsklärung eines von den Arbeitern abgelehnten Schiedspruchs eine Lohnerhöhung von 5 % für alle über 20 Jahre alten Arbeiter. Die Löhne der weitaus und jugendlichen Arbeiter werden prozentual nach obigen Löhnen festgesetzt. Diese Regelung gilt vom 1. April bis 30. September 1928.

Streik in Sachsen

Beim Abschließen dieser Nummer trifft die Mitteilung ein, daß am 3. April in Sachsen an die 200 000 Metallarbeiter in den Ausstand getreten sind. Der Streik richtete sich gegen die Unternehmer, die sich um Alonen und Jähnen weigern, der Lohnforderung der Arbeiter einigermaßen gerecht zu werden, dann gegen die amtliche Schlichterei, die durch ihre Verbindlichkeitsklärung von erbärmlichen Schieds-urteilen allgemach zu einer Unertüchlichkeit für die Arbeiterschaft geworden ist. Auf der einen Seite die dickerdienende Industrie, auf der anderen schmerztrenende und elend bezahlte Arbeiter, und dazwischen das Reichsarbeitsministerium mit seinen Schlichtern, die die staatliche Gewalt zugunsten der Dickerdiener schieben. So war es die letzte Zeit in jedem Lohnstreit, und so gedachte es die arbeits-ministerielle Obrigkeit auch in diesem Falle zu tun. Dem sind die Arbeiter durch den Streik zuvorgekommen. Wir müssen wünschen, daß das Reichsarbeitsministerium aus dieser Wendung der Dinge nun endlich die nötige Lehre zieht. Es sind, soweit zur Stunde zu übersehen ist, nur erst einige Fabriken bepreit. Von der Einsicht der Schlichter-obrigkeit und der Unternehmer wird es abhängen, ob es bei diesem Zeitpunkt bleibt oder ob er noch weiter ausgedehnt wird. Die Stimmung der sächsischen Metallarbeiter ist vorzüglich, was bei einer derartigen Kampferfahrung nicht zu verwundern ist. Gut organisiert und kampferprobt wie sie sind, braucht man für ihren Erfolg nicht zu bangen.

Arbeitereltern, behütet eure Kinder!

Schwer lastet der Kampf ums Dasein mit seinen Sorgen und Nöten auch euch. Aber noch mehr leiden unter den widrigen sozialen Verhältnissen eure Kinder. Ihr Körper und Geist, in der Entwicklung begriffen, wird von den Unbilden des Lebens doppelt hart getroffen.

Sicher wollt ihr stets das Beste für eure Kinder. Aber handelt ihr nicht aus Gewohnheit und Unwissenheit manchmal dieser Absicht entgegen? So laßt ihr beispielsweise, weil ihr selbst den Alkohol für unentbehrlich und ungeschädlich haltet, eure Kinder mit von eurem Bier trinken — statt ihnen Milch, Obst oder andere alkoholfreie Erfrischungen zu geben. Ihr jagt ihnen mit Bier oder Wein gefüllte Schnitzereien und dattet, daß bei festlichen Anlässen, wie Jugendweihen usw., eure Söhne und Töchter alkoholfreie Getränke begreifen. Ihr denkt nicht, daß der in diesen Festlichkeiten sich befindliche Alkohol ein Gift ist, das die Entwicklung der körperlichen und geistigen Kräfte beeinträchtigt.

Bei diesem Zuspäde wagt ihr brechen. Das seid ihr euren Kindern schuldig. Entweder durch den Alkohol aus der Familie, entzogen auch im Bereich der Kinder des Alkoholgenußes und sorgt dafür, daß in den Elternverhältnissen die Alkoholfrage zur Sprache kommt. Eure Mitarbeit an diesem Gebiet wird um wirksamer sein, je mehr ihr euren Kindern durch den persönlichen Verzicht auf alle alkoholfreie Getränke ein gutes Beispiel gebt.

Der Verband als treuer Helfer

Vor dem Land-Arbeitsgericht Eilen steht ein Schlosser mit seiner Verbandsangehörige. Er ist entgegen den gesetzlichen Bestimmungen fristlos entlassen worden. Da das Unternehmen die WiederEinstellung ablehnt, wird das Urteil einer Instanz dahingehend bestätigt, daß an den Kläger ein Betrag von 100 A zu zahlen ist. Inzwischen hat die betragende Forderung vollständig gezahlt. Alles — der Einspruch gegen die Entlassung, die Abgrenzung und Durchführung war nur möglich auf Grund des Betriebsratsgesetzes, das doch in allererster Linie den jahrzehntelangen Bemühungen der Gewerkschaften zu verdanken ist. Dabei glauben heute noch viele Arbeiter, sie könnten ohne Gewerkschaft durchs Leben kommen. Was aber kehrt uns gerade in dieser Hinsicht der vorliegende Fall?

Die Eintragung des Betriebsratsgesetzes ermöglichte den Einspruch gegen Entlassung und seine Rechtsfolgen. Nur dadurch konnte die Firma zur Einstellungs zurück gezwungen werden, den Betrag von 100 A zu zahlen. Bei einem wirtschaftlichen Betriebsbeitrag von 1,50 A hat der betreffende Kollege also für 60 Wochen seinen Betriebsbeitrags durch die Klage herausgeholt, das heißt für mehr als elf Jahre! Dabei ist nicht in Rechnung gesetzt, was das einzulose Verbandsmitglied in derselben Zeit noch an Auszubereitungen für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Krieg, Unfall, Kassenregelung usw. bezahlen kann. Ferner welche Vorteile bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihm die Gewerkschaft brachte. Im vorliegenden Fall kommt sich der Kollege also durch die Betriebsratsangehörige noch dazu einen Anspruch auf die Alters- oder Invalidenrente erwirkt. Ist das alles nicht wert, heute noch Mitglied der Gewerkschaft zu werden?

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphenadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: C. 21 624 41, 624 42, 624 43

Mit Sonntag dem 15. April in der 16. Wochenschrift für die Zeit vom 15. bis 21. April 1928 läuft.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragklasse:			Wegfall der Beitrags-erhebung
	I	II	III	
Großhess.	15	15	10	—

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutorischer Rechte zur Folge.

Für den Bezirk Frankfurt a. M. wird zum sofortigen Eintritt ein

Bezirkssekretär

gesucht, der mit den Einrichtungen unseres Verbandes und dem Arbeiterrecht vollständig vertraut ist, rednerische Fähigkeit besitzt und eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft im DWS und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben über die bisherige Tätigkeit und bis zum 25. April 1928 mit der Aufschrift „Bewerbung Bezirkssekretär Frankfurt“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Hötelstr. 16, einzuliefern.

Die Amiektion erfolgt nach den Bestimmungen des § 31 des Verbandsstatuts. Das Gehaltsverhältnis regelt sich nach den Beschlüssen des 16. Verbandstags in Kassel und den Beschlüssen vom Vorstand und Ausschuss.

Häufig werden Aufträgen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Anträgen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Stuttgart, Hötelstraße 16.

Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! • Suzug ist fernzubalten:

von Waagenjustizern nach Oshag (Oshager Waagenfabrik Otto Wielg) St.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v St. = Streik in Sicht; St. = Streik; W = Wohnregelung; Mi = Mißstände; A = Auslieferung.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung geklärt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Streikfahnd ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abkempeln zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Frödenberg-Kuhr. Wegen Übertretung der Arbeitszeitverordnung, Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern (unter 16 Jahren) in den Betrieben der Firma Wolf, Ketter & Jacobowitzer, Abteilungsleiter Langjahr der Walzwerk und Bergwerksbetriebe, hatte der Betriebsleiter L einen Strafbescheid von 60 A erhalten, gegen den er Einspruch erhob. Das Schöffengericht Lina stellte fest, daß im Jahre 1927 Beschäftigung und unter 16 Jahre alte Hilfsarbeiter täglich länger als 10 Stunden beschäftigt wurden. Durch Zeugenvernehmung wurde festgestellt, daß auf Grund eines Anschlages der Direktion die jugendlichen bei Überarbeit geleistet hatten. Eine sonderbare Überzeugung aus der Verhandlung gewann der Amtsanwalt, der eine Ermäßigung der Strafe auf 30 A beantragte, weil erwiesen sei, daß auf die jugendlichen kein Druck zur Überarbeit ausgeübt worden sei. Das Gericht sah die Sache noch milder an und setzte eine Strafe von 20 A fest.

Derartige Strafen bewegen wirklich keinen Unternehmer mehr, den Schutz der Jugendlichen zu beachten. Sie sind auch ein Hohn auf den Erlaß des Justizministers, derartige Übertretungen der Arbeitszeitverordnung un-nachlässiglich zu ahnden. Die Betriebsräte haben darauf zu dringen, daß die winzigen Schutzbestimmungen auch innegehalten werden.

Ferienheim Remscheid. Der Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat im schönen Zeitzgrund bei Stadtröda (15 Kilometer von Jena) ein neuzeitlich eingerichtetes Ferienheim mit 34 Fremdenzimmern. Es wird den Gewerkschaftskollegen zum Besuche empfohlen. Anfragen sind an die Geschäftsstelle Leipzig C 1, Zeitzer Straße 32 (Volkshaus, Zimmer 112), zu richten.

Schriftenschau

Die Lebenshaltung der Angestellten. Der Allgemeine freie Angestelltenbund vornehmlich isten diese lehrreiche Arbeit auf Grund eigener statistischer Erhebungen. Die von Dr. Otto Zuhli bearbeitete Untersuchung stützt sich auf eine Haushaltsstatistik des Reichsbundes und die Ergebnisse einer Statistik der tariflichen Durchschnittsgehälter. Die Arbeit ist besonders durch zahlreiche Vergleiche mit anderen Erhebungen ähnlicher Art wichtig und gibt ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten. In Anbetracht der besonderen Bedeutung, die der Haushaltsstatistik für eine Reform des Lebenshaltungsindex zukommt, ist diese Veröffentlichung sehr wichtig. Die sorgfältig und gut ausgestattete Arbeit umfaßt 44 Seiten mit 12 umfangreichen Tabellen und etwa 20 interessanten graphischen Darstellungen. Die Brochüre ist zum Preis von 1 A durch den freien Volksverlag, Berlin NW 40, Wrisstr. 7, zu beziehen.

Sozialistischer Literaturführer, Band 2. Zweites Jahrbuch der „Füherwart“. Herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit. Berlin SW 68, Lindenstr. 3. 108 Seiten, Preis 1,20 A.

Der vorliegende zweite Band des „Sozialistischen Literaturführers“ enthält die Kritiken der „Füherwart“ vom Jahre 1927, in denen jeweils ein bestimmtes Wissenschaftsgebiet behandelt und die wichtigsten Literaturangeboten wird. Neben Aufsätzen, die Wirtschaftstheorie, Betriebsstatistik, Volkswirtschaftslehre, politische Geschichte und Verfassungskunde behandeln, stehen andere, in denen Probleme der Volkserkunde, der Soziologie, Naturphilosophie und

Die Eiserne Internationale und Amerika

Eine Besprechung von der Leitung des Metallarbeiterkartells

F. K. Die organisierten Metallarbeiter Europas wünschen sehnlichst den Anschluß der amerikanischen Bruderverbände an die Eiserne Internationale. Um diesen Wunsch zu erfüllen, sind viele Briefe gewechselt und vor zwei Jahren eine Abordnung hinübergeschickt worden. Der Erfolg dieser Bemühungen war der Wiedereintritt des amerikanischen Maschinenbauerverbandes. Dadurch erhielt die Internationale einen Zuwachs von nicht ganz 75 000 Mitgliedern; noch wichtiger als der zahlenmäßige Gewinn aber ist natürlich der moralische. Die Freude darüber wird vergäht durch die Tatsache, daß sich von den 18 amerikanischen Metallarbeiterverbänden mit 414 200 Mitgliedern immer noch 17 mit 341 900 Mitgliedern der Internationale fernhalten. Auf deren letzten Kongreß in Paris erschienen ein amerikanischer Vertreter, Kollege Coe field, der aber nichts Verheißendes über die Haltung seiner Auftraggeber zur Internationale sagte. In den Reihen der Internationale wird die ablehnende Haltung der amerikanischen Kollegen für nicht recht begreiflich gehalten; es wird immer wieder gefragt, welche Gründe man in Amerika wohl haben könne, um an einer so wichtigen und für alle nur nützlichen Sache wie dem internationalen Zusammenschluß nicht teilzunehmen.

Über das Warum des Nichtanschlusses wurde auf dem pariser Kongreß gesprochen. Diese Erörterung ist in Amerika nicht ohne Widerhall geblieben. Die Februar-Ausgabe des Mitteilungsblattes des Metallarbeiterkartells (Bulletin of the Metal Trades Department) enthält einen vier Spalten langen Aufsatz über The International Federation of Metal Workers. Da dieser Aufsatz an leitender Stelle steht und keine Unterschrift trägt, kann man getrost annehmen, daß er der Meinungsäußerung des leitenden Sekretärs des Metallarbeiterkartells ist. Er macht seinen Leserkreis mit der in Paris gepflogenen Erörterung der Gründe des Fernbleibens der Amerikaner von der Internationale vertraut. Darin besteht der Wert des Aufsatzes für Amerika. Und sein Wert für uns in Europa liegt eher darin, daß er einige wesentliche Gründe, die in Paris für den Nichtanschlus geltend gemacht wurden, ausführlich zitiert und durch Zustimmung erhärtet, was einer Bestätigung dieser Gründe durch die maßgebende amerikanische Stelle gleichkommt. Der größte Wert des Aufsatzes scheint uns jedoch darin zu liegen, daß er diese wichtige Sache den leitenden Leuten der verschiedenen Metallarbeiterverbände Amerikas unterbreitet und zu ihrer Erörterung anregt. Daran schließt es sich, zumal wenn wir die amerikanischen Gewerkschaftsblätter als Grundlage unseres Urteils nehmen, bis jetzt gefehlt zu haben. Andererseits ist der Aufsatz auch für die europäischen Mitgliedschaften aufschlußreich. Denn er heißt sie die Schwierigkeiten ihrer amerikanischen Kollegen geziemend zu bewerten und diese Schwierigkeiten bei der weiteren — sehr wünschenswerten — Erörterung des Anschlusses im Gedächtnis zu behalten.

Soll die Aussprache mehr als Papiervergeudung sein, dann müssen wir in Europa uns zunächst einmal auf den Standpunkt der amerikanischen Kollegen stellen, genauer ausgedrückt, wir müssen uns klar werden, was die Zugehörigkeit zur Internationale den amerikanischen Verbänden nur infolge macht und was sie ihnen einbringt. Ist man mit dieser Bilanz fertig, kann man sich mit den idealen Werten der Vereinigung der Metallarbeiter beider Welten befassen. Hierbei sollte aber die starke unterschiedliche Bewertung der idealen Werte nicht außer acht gelassen werden. Im sozialistischen Europa haben die idealen Werte guten Klang und werden meist recht erfolgreich ins Treffen geführt, in der tradesunionistischen Welt aber mehr der praktischen Nutzen. Mit dieser schwachen Andeutung der Unterschiedlichkeit müssen wir es heute bewenden lassen.

Wir lassen nun den Leseraussatz des Bulletin folgen; es sind nur drei Stellen, die persönliche oder hier bekannte Dinge betreffen, beim Übersetzen weggelassen worden.

Seit einer Reihe von Jahren stehen die amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften mit dem Internationalen Metallarbeiterbund in Verbindung durch Briefwechsel und durch Zusammenkünfte amerikanischer Vertreter mit solchen vom Internationalen Bunde. Von aller Anfang an bestand bei dem Internationalen Bunde der Wunsch nach ausgeprägterem Wunsch nach dem Anschluß der amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften und der Verbände des Metallarbeiterkartells. Außer dem Briefwechsel des Sekretärs des I.M.W. des Kollegen Ilg, ist in dessen Veröffentlichungen und Kongressen oft auf den Anschluß der amerikanischen Gewerkschaften Bezug genommen worden. Vor Jahren schloß sich der amerikanische Maschinenbauerverband dem I.M.W. an. Im Verlaufe der Zeit wurde in dessen der Anschluß aufgegeben, kürzlich aber wieder erneuert.

In der Annahme, daß die Anwesenheit von Vertretern auf der Konferenz des Metallarbeiterkartells ein besseres Verständnis herbeiführen und zum Anschluß führen werde, war eine (europäische) Abordnung... während der Konferenz des Metallarbeiterkartells in Detroit im Jahre 1926 anwesend... Dieser europäischen Abordnung wurde der allerhöchste Empfang bereitet, und daß sie die Herzlichkeit des Willkommens würdigte, beweisen ihre Berichte, die sie bei ihrer Heimkehr machten.

Bei ihrem Zusammensein mit uns wurden die europäischen Vertreter mit einigen der Gründe bekannt, die die amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften bestimmten, sich der Internationale nicht anzuschließen. Zur amerikanischen Metallarbeiter wurde es offenbar, daß ihre europäischen Kollegen sich viel mehr Gedanken gemacht hatten über die Gründe, warum die amerikanischen Gewerkschaften sich der Internationale anschließen sollten, als über die Ursachen, die bis jetzt zur Unterlassung des Anschlusses führten. Seit der Konferenz von Detroit ist zu sehen, daß die (europäischen) Führer in dem Internationalen Bunde den Ursachen des Nichtanschlusses einiges Studium widmen. Dies ist eine ebenso verlässliche wie praktische Einstellung zu der Sache. Der Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes, der letztes Jahr in Paris stattfand, widmete einige Zeit der Darlegung und der Begründung der verschiedenen Gründe, die die amerikanische Stellung beeinflussen. Nach den Berichten der Kollegen Browalle und J. G. folgte eine ausführliche und lange Erörterung, die einige belangvolle Punkte hervorhob, die europäischen Metallarbeitern noch nicht bekannt sein mochten.

Der Sekretär Ilg legte Nachdruck auf die Tatsache, daß organisierte Metallarbeiter, die von Europa nach Amerika kommen, oft einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen hätten, weil eine Anzahl von ihnen es unterließen, sich den amerikanischen Verbänden anzuschließen. Insbesondere sagte Kollege Ilg:

Seit es uns nicht möglich ist, unsere Metallarbeiter, die nach Amerika auswandern, in Amerika gleich zu rekrutieren und zu bestimmen, dort in eine Organisation einzutreten. So kommt es denn, daß die Mehrzahl dieser Auswanderer sich nicht den amerikanischen Gewerkschaften anschließen. Das ist einer der Hauptpunkte, die die Zustimmung und Migration betreffen. Unsere Verbände sollten die Aufmerksamkeit der auswandernden Mitglieder da auf lenken, daß

von ihnen erwartet wird, in Amerika in die Organisationen einzutreten. Wir müssen den Mitgliedern weiter sagen, daß sie sich den Umständen anpassen haben; denn es ist doch klar, daß sie nicht gleich die erste Bege spielen können, sondern erst mit den amerikanischen Verhältnissen vertraut sein müssen. Wenn es uns gelingen sollte, die auswandernden Kollegen zum Eintritt in die amerikanischen Organisationen zu bewegen, dann werden wir viel gewonnen haben.

Die allerbestmögliche Darlegung wurde wohl von dem Kollegen Frey Kummer gemacht... Er wies darauf hin, daß es den Amerikanern, die von dem I.M.W. der Internationale und ihren Organisationen durch einen Opa getrennt sind, nicht möglich wäre, auf den Kongressen und den wichtigen Zusammenkünften der Leitung gehörig vertreten zu sein. Aus diesem Grunde wären die amerikanischen Gewerkschaften außerstande, aktiv an der Formulierung der Politik und der Vorbereitung der Entschlüsse der Leitung der Internationale des Internationalen Bundes teilzunehmen. Ein anderer Grund sei, daß die amerikanischen Metallarbeiter in einen Kampf verwickelt sind, der ihre vollständige Aufmerksamkeit und Kraft beansprucht. Hierbei sei zu zählen das schwierige Problem, das durch die gewerkschaftsfeindliche Politik vieler Unternehmer geschaffen worden ist, dann der Versuch, die Anwendung der „Gelben Hunde-Verträge“ (yellow dog contracts, das ist, daß die Arbeiter gezwungen werden, sich unter schriftlich zu verpflichten, seiner Gewerkschaft beizutreten; Schriftlich der I.M.W. zu unterwerfen und die Ausübung der Werksgemeinschaften und der Einheitsbestrebungen.

Kollege Kummer gab ferner der Logik der amerikanischen Gewerkschaften Ausdruck, die darin besteht, daß sie den amerikanischen Gewerkschaften in mittel- und südamerikanischen Ländern folgen. Die amerikanischen Gewerkschaften haben in der Metallindustrie der genannten Länder am Hinterhof der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ein Problem geschaffen, das von ebenso starker Unmittelbarkeit ist, wie die Verbesserung der industriellen Verhältnisse in der europäischen Metallindustrie.

Einer seiner allerwichtigsten Punkte bei der Darlegung der amerikanischen Einstellung zum Internationalen Metallarbeiterbund war vielleicht der Hinweis auf die Stellung der amerikanischen Metallarbeiter und ihrer Politik besonders gegenüber Rußland und der Roten Internationale. Hierüber sagte Kollege Kummer unter anderem: „In dieser Sache sind die amerikanischen Kollegen bedeutend bedächtiger und vorsichtiger als wir hier in Europa. In Amerika wird jedes Wort, das wie eine Freundchaftserklärung für Rußland klingt, als ein Grund dafür angesehen, daß Amerika sich nicht anschließen soll. Wie die anderen Gewerkschaften, so werden auch wir bald genötigt sein, uns schlüssig zu werden, was wir am meisten wünschen: Rußland oder Amerika. Beide werden wir nicht erhalten. Wenn wir nicht zu einer ganz klaren Stellung gegenüber Rußland kommen, werden wir die amerikanischen Mitgliedschaften nicht bekommen, die mehr oder weniger zum Anschluß geneigt sind.“ Außerdem richtete Kollege Kummer die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die Weltausgaben im Vergleich zu dem praktischen Nutzen für die amerikanischen Gewerkschaften etwas ist, was für diese beachtenswert sei.

Die Aussprache auf dem letztjährigen Internationalen Metallarbeiterkongreß war vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ermutigend. Denn sie zeigte sehr deutlich, daß die Zeit vorüber ist, wo die amerikanische Gewerkschaftsbewegung wegen des Nichtanschlusses kritisiert wurde, und daß nun an Stelle dieser Kritik die europäischen Gewerkschaften kluge Anstrengungen machen, die Gründe zu verstehen, die die Gewerkschaften in Amerika bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen haben. Die Aussprache brachte glücklicherweise noch eine andere wichtige Tatsache hervor: daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung der europäischen nicht gleichgültig gegenübersteht, sondern daß ihre Anteilnahme an ihr ehrlich und mitfühlend ist und daß der erste und drängende Wunsch besteht, festerer Bande der Freundschaft und der Zusammenarbeit zu schaffen und daß Nichtanschlus an die Internationale nicht als ein Beweis des Mangels an Anteilnahme oder an Freundschaft zu nehmen ist, sondern daß der Nichtanschlus auf einige Ursachen von amerikanischer Art zurückzuführen ist und auf Ursachen, die der Annahme einer Politik in Europa entspringen, die Verhältnissen rein europäischer Natur zuzurechnen ist.

Die Fühlungnahme mit Vertretern des Internationalen Metallarbeiterbundes in Detroit im Jahre 1926 und die Aussprache auf dem letztjährigen internationalen Metallarbeiterkongreß laufen unter anderem auf ein viel besseres Verständnis der beiderseitigen Probleme hinaus. Das ist der praktische Schritt, der einer lohnenswerten Zusammenarbeit internationaler Gewerkschaften voranzugehen muß. Aus der persönlichen Fühlungnahme sprechen Bande persönlicher Freundschaft, und diese führen zu einem noch besseren Verständnis und zu einer Grundlage, worauf die europäischen mit den amerikanischen Gewerkschaften in einer viel wirksameren Weise zusammenwirken können, als in der Vergangenheit.

Bevölkerungsausfall, Lebensdauer und Gewerkschaften

Der Arbeitsmarkt ist nicht nur abhängig vom Stande der Wirtschaft, sondern auch vom beruflichen Nachwuchs. Wir machen gegenwärtig eine Zeit der sogenannten Rationalisierung durch, die keine ist, weil sie nicht der ganzen Volkswirtschaft zugute kommt, sondern nur den Kapitalisten. Von einer Preisermäßigung ist wenig zu spüren, dafür aber werden überall Arbeitskräfte freigesetzt. Es wird gar nicht mehr lange dauern, daß in verschiedenen Berufen Mangel an geeigneten Arbeitskräften eintritt. Wir kommen nämlich nun in die Jahre, wo der riesige Geburtenausfall der Kriegsjahre sich geltend zu machen beginnt. So hat Stranden im Reichsarbeitsblatt (Jahrgang 1925, Nr. 44) Berechnungen angestellt, wonach er den Ausfall auf dem Arbeitsmarkt der Jugendlichen für Deutschland mit rund 2 Millionen für das Jahr 1933 angibt.

Die gleiche Erscheinung finden wir in allen Ländern, die durch den Krieg irgendwie in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Schülerzahlen gehen zurück. Dies ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß der Geburtenausfall während der Kriegszeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und Belgien rund 50 vH, in Italien, das später in den Krieg eintrat, 50 vH ausmacht. In der (neutralen) Schweiz beträgt der Ausfall weniger, nämlich 20 vH. Im Kantone Bern sind nach einer Zusammenstellung des Großrats und die Primarschüler von 1915/19 (Durchschnitt) bis zum Jahre 1927 (31. März) von 112 000 auf 95 000 zurückgegangen. Ähnlich verhält es sich in den übrigen Gebieten der Schweiz.

Vom Jahre 1934 an werden sich diese Wirkungen auch auf dem Schriftstellermarkt zeigen. In der Schweiz wird man dann rechnen müssen, daß dann jährlich 15 000 bis 16 000 Jugendliche weniger die Schule verlassen als in früheren Jahren. Für die fünf fraglichen Jahre bedeutet dies einen Ausfall von 75 000 bis 80 000. Ähnlich werden die Verhältnisse in anderen Staaten sein. Für die Schweiz hat Prof. A. Z. Duncker für die internationale Wirtschaftskonferenz in Genf eine Arbeit geleistet, wonach der Rückgang bei den 15- bis 24jährigen Männern (1920 bis 1941) etwa 21 vH beträgt. Daß die Zahlen auf die

Entlastung am Arbeitsmarkt Einfluß haben, dürfte ohne weiteres klar sein. Der Ausfall wird in Europa auch nicht durch Nachziehung von Arbeitskräften aus Nachbarländern ausgeglichen werden können, weil jeder Staat an dem steigenden Übel krankt. Der Ausfall macht sich überall fast gleich stark geltend.

Nach obigen Ausführungen könnte der Gedanke aufstehen, es müßte nun auch die Zahl der Bevölkerung zurückgehen und eine neue Wirtschaftskrise eintreten, weil weniger Käufer und Verbraucher da seien. Dies wird indessen nicht der Fall sein; denn die Bevölkerung geht als ganze nicht zurück, weil das durchschnittliche Lebensalter höher ist als in früheren Jahrzehnten. Die Gründe hierfür liegen in der allgemeinen besseren Gesundheitspflege und in der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bei der Arbeiterschaft. Ein schlagendes Beispiel, wie Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und infolgedessen bessere Lebensbedingungen lebensverlängernd wirken, bietet der Jahresbericht der Sterbefälle des Schweizerischen Werkmeisterverbandes aus dem Jahre 1926. Das Sterbealter betrug bei 1000 Mitgliedern im Durchschnitt:

Jahr	Alter im Durchschnitt	Jahr	Alter im Durchschnitt
1894—1896	47 Jahre	1907—1916	55,7 Jahre
1897—1906	52	1917—1926	60

Die Mitglieder, die in der Zeit von 1917 bis 1926 gestorben sind, haben also im Durchschnitt ein um 13 Jahre höheres Alter erreicht als die, die in der Zeit von 1894 bis 1896 starben. Diese Entwicklung ist sicher erfreulich. Sie ist ein neuer Beweis, daß der Kampf um wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse eine gemaltige Steigerung der Volksgesundheit und eine Verlängerung des Lebens herbeigeführt.

Auch aus einem Bericht der Tschechischen Union der Glasarbeiter in der tschechischen Republik geht eine sehr erhebliche Verlängerung des Durchschnittsalters der Mitglieder aus der hinauschiebung der Sterblichkeitsgrenze hervor. Die durchschnittliche Lebensdauer der Glasarbeiter betrug 1912 bis 1914 35 1/2 Jahre, 1919 bis 1920 39 Jahre, 1921 etwas mehr als 42 Jahre, 1922 45 Jahre, 1923 etwas über 45 Jahre, 1924 45 1/2 Jahre, 1926 aber bereits 54 Jahre. Die andauernde Verlängerung der Lebensdauer der Glasarbeiter ist dem Bericht zufolge der Einführung des Achtstundentages und den von der Gewerkschaft angeregten gesundheitlichen Maßnahmen zuzuschreiben. Unser Kampf ist nicht umsonst. Die Gewerkschaften dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Gebung von Gesundheit, Bewahrung des Lebens und Förderung der Kultur an erster Stelle zu stehen. Vielleicht wird man in den kommenden Jahren, wo der berufliche Nachwuchs zurückgeht, auch gegnerischerseits den Gewerkschaften die ihnen gebührende große Bedeutung beimessen.

Internationale Bruderschaft der Elektriker

Nach Meldungen aus Amerika wird dort angeblich eine leistungswerte Gründung geplant. Die Arbeitergewerkschaften und die Lichtspieltheaterbesitzer beschließen sich zu einer Internationalen Bruderschaft der Elektriker zusammenzuschließen, die mit eigenem Kapital einen Fond schaffen soll, um in den 6500 Versammlungskontakten, die in den Vereinigten Staaten und in Kanada den Arbeitern zur Verfügung stehen, ständig geeignete Filmvorführungen zu veranstalten.

Das Vorgehen der amerikanischen Gewerkschaften sollte uns in Deutschland als Ansporn dienen. Die deutschen Gewerkschaften müßten heute in jeder Stadt ein eigenes Lichtspiel besitzen, ein Lichtspiel natürlich, das es an innerer Einrichtung, Technik und Einwirkung mit dem besten privaten Unternehmen annehmen kann. Einem solchen würde der Zutritt sicherlich nicht fehlen. Freilich wird sich der Lichtspielverband der Gewerkschaften Deutschlands nicht auf die Weise wie in Amerika bilden, da unsere privaten Lichtspieltheater eben aus anderem Holz sind. Aber dafür sind die deutschen Gewerkschaften stärker an Zahl und besitzen eine gründlichere Organisation, was beides die Schaffung einer solchen Einrichtung erleichtert und ihre Bestandigkeit verbürgt. Nur großzügig müßte diese Einrichtung sein, und technisch wie künstlerisch immer auf der Höhe — dann wird ihr der Erfolg bestimmt nicht verjagt bleiben.

Für Auswanderungslustige und Auslandsmonteure

Das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart gibt allen Auswanderungslustigen und zeitweilig ins Ausland Reisenden jede mögliche Auskunft und Hilfe. Auf Grund einer Aussprache des Verbandesvorsitzenden mit dem Deutschen Auslands-Institut können wir weiteren Mitgliedern mitteilen, daß alle derartigen Anfragen unentgeltlich sachgemäß und möglichst angehend beantwortet werden. Wir raten dringend, in allen Fällen, wo es sich um eine Auslandsangelegenheit handelt, sei es eine Reise oder die Unterzeichnung eines Arbeitsvertrages oder anderes, sich mit diesem Institut in Verbindung zu setzen.

Adressen für nach Nordamerika reisende Kollegen: Detroit: im Graue Michiganische Metallarbeiter Franz German Lodge N. 1122 der International Association of Machinists. Sekretär: Leonard Wolfel, 7411 Roland Avenue, Detroit. Mich. Chicago: Friedrichs Lodge N. 337 des Maschinenbauerverbandes. Sekretär: Mathias Bremer, 1710 Bine Street, Chicago, Illinois. New York: Deutsche Gruppe des Maschinenbauerverbandes New York, Procter Lodge 117, Labor Temple 243 East 84. Street.

Für Formere in Cincinnati: International Workers Union of N. A. Cincinnati (Ohio) P. O. Box 692. Formere brauchen zur Anmeldung in den amerikanischen Formerverband eine Übersetzung des Vorstandes des I.M.W. Bei allen anderen Metallarbeitern genügt als Ausweis das mit ordnungsgemäßen Abmeldevermerk besetzte Mitgliedsbuch.

Werkstatthalterhaltungen in Rußland

In Nr. 12 haben wir schon mitgeteilt, daß das Hauptblatt der russischen Gewerkschaften, der Trud, allerhand Fragen beantwortet, die ihm von den Beleglesern zugehen. In Nr. 41 des Trud befindet sich folgende Frage:

In den Konsumvereinen fehlt es an Ware, beim Privatkauf dagegen gibt es sie in beliebigen Mengen. Wo nimmt der Händler die Waren her?

Die redaktionelle Antwort lautet: „Es ist notwendig eine große Überzeugung zu fegen, daß der Privatkauf über beliebige Mengen von Ware verfügt. Außerdem sind die Preise beim Privatkauf viel höher. Bei den sogenannten Konsumvereinen (Waren, an denen Mangel besteht) sind die Preise häufig doppelt so hoch wie in den Konsumvereinen. Viele Waren fehlen auch beim Privatkauf. Da er aber häufig in der Lage ist, seine Waren leichter abzugeben, so kann er das öfteren als Konsumvereine durch Spekulationen sich Waren beschaffen. Es ist bekannt, daß der Privatkauf ihre Waren der den staatlichen und gewerkschaftlichen Handlungen ausweichen lassen, um Waren einzukaufen. In einigen Städten hat man versucht zu ermitteln, wer eigentlich von den Waren ansetzt, und es hat sich ergeben, daß ein großer Teil des Ansehens und Agens des Privatkaufs besteht, die vor allem in den Konsumvereinen und in den Konsumvereinen stattfinden.“

Send und Beleg. Vermögensverzeichnis des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Dörlstra. e 16.

